

Abonnementpreis:
Im ganzen deutschen Reiche: Anno 1882 des deutschen
Jährlich: 18 Mark Reichsfrakt Post- und
14 Mark 50 Pf. Stempelschlag hinzu.
Einzelne Nummern: 10 Pf.

Inseratenpreise:
Für den Raum einer gespaltenen Politikseite 20 Pf.
Unter „Eingesandt“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernseiten 60 % Aufschlag.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags-
Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortliche Redaktion: Oberredakteur Rudolf Günther in Dresden.

Amtlicher Theil.

Dresden, 21. Januar. Se. Majestät der König habe Allergnädigst geruht, dem Forstmeister Kurt August Wilhelm Töger in Rauter das Ritterkreuz I. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen.

Dresden, 21. Januar. Se. Majestät der König habe dem Forstmeister a. D. Friedrich Wilhelm Weichwitz in Dresden das Ritterkreuz I. Klasse des Albrechtsordens zu verleihen Allergnädigst geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht:

Telegraphische Nachrichten.
Zeitungsschau.
Tagegeschichte.
Erste Beilage.
Reichstagverhandlungen. (Sitzung vom 21. Januar.)
Dresdner Nachrichten.
Zweite Beilage.
Börsennotizen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, Sonntag, 22. Januar, Abends. (Tel. d. Bö.) Die Nachrichten über eine bevorstehende Veränderung im Pariser Börschasterposten werden als unbegründet bezeichnet. Graf Bent bringt den gewöhnlichen Winterurlaub bei seiner Familie zu und werde sodann nach Paris zurückkehren.

Der Bürgermeister Dr. v. Rewald erklärte heute offiziell seinen Rücktritt.

Wien, Montag, 23. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Eine Meldung aus Trebinje aufsorge hat bei Bölk ein heftiges Gefecht zwischen einer Compagnie des 67. Regiments „Ritter v. Schmetz“ mit Monoma Bey stattgefunden. Bei ihrer Verfolgung ließen die Aufständischen die Verwundeten zurück. Unter den Toten soll Svetozar Angyalics sein. Der durch die Behörden fürchte Güterfeuer von Mostar nach Sarajewo ist wieder freigegeben, da die Straße vollständig sicher ist.

Offiziell wird gemeldet: Am 20. d. Mts. fanden Zusammenstötungen in Dubrava statt. Der Gendarmerieposten in Glavaticevi wurde von angeblich 150 Insurgenten zurückgebracht und ist in Konjica eingetroffen. Eine Insurgentenbande ging gegen Konjica vor. Bei Brallo sieben gegen 1000 Insurgente, in Jagorje, zwischen Ulof und Kalinovic, etwa 500 mit Seitengewehren und 100 mit Pferden bewaffnete Insurgente unter Führung Sedar's und Tangu's. Die Banden suchten durch Terroristismus weitere Gebiete zu infizieren. Die infolge des Angriffs auf die Gendarmerie in Kalinovic abgesandten 3 Compagnien von Koca fanden am 19. Januar Bratio und Karaula von 200 Insurgenten besetzt, welche bei dem Vorrücken der Truppen退卻ten. Ein Jägerbataillon rückte am 18. d. bei einer Reconnaissance gegen Ulof auf eine ausgedehnte Linie von Wächen, welche zurückgeworfen wurden.

Sarajewo, Montag, 23. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Die ungarische Creditbank hat mit dem Generalcommando bedeutende Lieferungsverträge, besonders von Weiß abgeschlossen.

Paris, Sonntag, 22. Januar, Abends. (B. L. B.) Nach dem „Pariser Börsenblatt“ wurde in einer heute Abend abgehaltenen Versammlung der Chambre syndicale der Agents de change mitgetheilt, daß von Pariser Bankhäusern befürchtet die Einführung der Liquidation eine garantirte An-

leihe von 120 Millionen offert worden sei. Es wird hierüber morgen beschlossen werden.

Konstantinopol, Montag, 23. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Auf die Circularenote der Porte betrifft Negociens soll Deutschland geantwortet haben, es erscheine zweckentsprechend, wenn die Porte die von Frankreich und England verlangten Auflösungen abwartet.

Dresden, 23. Januar.

In Frankreich hat die Börsenspeculation, der Tanz um das goldene Kalb, zu einem Alles in ihrem Strudel verschlingenden Desaster geführt. Die Courtswerte haben in den letzten Tagen einen beispiellosen Rückgang erfahren, und an einem Tage wurde verloren, was zuvor in einem Jahre gewonnen wurde. „Ungefährlichweise“, schreibt unter Pariser 1^{er}-Correspondent, „sind nicht diejenigen Speculanter, welche die Bewegung eingeleitet und lange von ihr profitiert hatten, die am härtesten Getroffenen. Diese Speculanter standen im Andenken an ihren früheren Gewinn eine Entschädigung für die letzten Verluste finden; aber die lange Ruhm der Haute hatte allmählich eine starke Rücksicht angeregt, die sich auf dem großen Publicum recrutierte und die um so blinder ins Bezug genommen, je weniger sie von den Börsengeschäften verstand. Es sind da viele Familien, die leichtfertig Weise einen großen Theil ihres Vermögens in Speculationswerken, wie Suczation, Union-générale, Ottomanbank u. s. w. gestellt hatten, und die sich nun um Hab und Gut gebraucht sehen. Die Krise begann am Tage der Mediovergütung, wo zwar die Reports sich auf einer bescheidenen Höhe erhielten, aber die meisten Männer gar keine Veränderungshoffnung mehr anbringen konnten. Ihr Credit war erschöpft. Es sind dadurch massenhafte Realisationen und Executionen herbeigeführt worden, welche bis zum Mittwoch alle Werte bedeutend herunterdrückten. In diesem Augenblick glaubte man das Schlimmste überstanden, und der wahre Krach, der am Donnerstag eintrat, traf mit der Überraschung um so größeren Schrecken herw. Bisher waren Suezwerte am meisten gefallen, jetzt mit einem Male brach die Union-générale zusammen, und an einem Tage verlor sie 1100 Francs, eine Böse, wie sie an der Pariser Börse noch nicht daheim waren. Alles Andere wurde mit fortgesetzten Böen für den Augenblick der Markt etwas ruhiger geworden, aber man sieht mit großer Besorgniß der Monatsabrechnung entgegen. Die Börsenmakler und sonstigen Geschäftsvermittler sind in großer Angst, denn die Deckungssummen, die ihnen von ihren Clienten übergeben werden, reichen in vielen Fällen bei Weitem nicht aus, die Differenzen zu zahlen. Man ist um so unruhiger, als die Börse von Lyon, von welcher eigentlich der Anstoß zur Panik ausging, noch lange nicht liquidiert ist und man von dieser Seite her auf massenhafte Verluste gefahrt sein muß. Es wird sich über die Böllsituation nicht eher ein klares Urteil gewinnen lassen, bis die finale Januarliquidation vorüber ist. Die Oppositionsparteien verachten sich natürlich nicht das Vergnügen, diese Böse auf Rechnung des Ministeriums Gambetta zu schieben, obgleich sie nicht alle so weit gehen, wie der „Intransigent“, welcher zu versichern giebt, daß die Regierenden an la la bau spezialisiert hätten, um, ehe sie aus der Gewalt scheiden, „die Kasse in Sicherheit zu bringen“, und wenigstens nicht mit leeren Händen in das Privatleben zurückzutreten.“

Die nächsten Ursachen der Pariser Katastrophe sind auf die Vorgänge in Lyon zurückzuführen. Dort sind die Befreiungen des Börsenkaufs zu Tage tretenden Zustände wahnsinnig trostlos. Die dortige Börse ist zwar nicht geschlossen, funktioniert aber nur noch formell.

einzu treten. Nach kurzem Verweilen in der Hoflage begaben sich die altherthülfte und höchsten Herrschaften, unter Vorauftakt Sr. Cte. des Hrn. Generaldirektors Reichsgrafen v. Platzen-Hallermund, sowie gefolgt von Oberhofchören, über die große Freitreppe vom ersten Range aus in den Saal herab, ehrerbietig begrüßt von der Verhandlung, in welcher unsere vornehmsten Gesellschaftskreise vertreten waren. Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin trug eine mit Spangen bekleidete, burgunderrote Robe, entsprechende Blumen und eines mit Diamanten cornouillersten Smaragdschmuck. Prinzessin Waldecks König. Hoheit eine blaue Robe, Frühlingsblumen und Perlen. Nachdem die Herrschaften sich eine Zeit lang in gewohnter huldvoller Weise mit Verschiedenen der Anwesenden unterhalten, begaben sich Höchstadeljedel wieder in die Logen und wohnten von hier aus noch bis nach 11 Uhr dem Fest bei. Nachdem der Hof das Haus verlassen, lichtete sich auch die Menschenmenge, welche bis dahin den Saal durchzog. Doch folgten Tonalistische genug noch lange Zeit den Klängen der Vollimper, welche von den Musikkorps des 2. Grenadierregiments Nr. 101 und des Schützenregiments Nr. 108 aufgeführt wurde. >

Residenztheater. Am 21. Jan. wurde zum Benefiz für Chor, Orchester und technisches Personal, — also für sehr viele Teilnehmer an einem Gewinn — eine harmlose Komödie von Johann Strauß, die Operette „Der lustige Krieg“ gegeben. Das Publikum ist gewandt und mit guter heiterer Laune von J. Bell und Richard Erné gefüllt.

Die Direction hatte diese Arbeit, welche im The-

Dieses einstige Emporium der Industrie, dessen Fabrikate die Welt eroberten, dessen Produkte an Schönheit und Eleganz kaum übertroffen wurden, hat sich dem Gründungsstaat fast vollständig in die Arme geworfen. Die Webstühle wurden verlassen, und die Fabrikanten und Kaufherren wurden zu Gründen diverser Banken, deren Aktion in ähnlicher Weise beim Publicum Eingang fanden, wie einstens die berühmten Wiener Gründerpapiere. Der Übermut der Börsenspeculanter zog den Ruin des kleinen Mannes, des Handwerkers und Arbeiters nach sich.

Die Pariser Krise ist um so bedenklicher, als eine erhebliche Zahl der durch die Börsenspeculation betroffenen Wertpapieren durch die Börsenmakler, namentlich in Wien und an den einzelnen deutschen Börsen untergebracht wurden. Es ist daher Grund zur Befürchtung vorhanden, daß die Pariser Katastrophen auch die auswärtigen Börsen ihre Rückschläge empfinden läßt. Die Ursache des Pariser Krisen ist auf einen riesigen, seit vielen Jahren entrichten Börsenkrieg zwischen dem Haute Rothschild und der Gruppe Bontoux zurückzuführen, bei welcher letztere die unterliegende Partei war. Es fragt sich nun, was Alles noch Bontoux nachstürzen wird.

Die Gruppe Bontoux ist bekanntlich in Österreich-Ungarn eingeführt, und eine Reihe von Banken sind dort vorhanden, die man unter dem Namen der Bontoumbank versteht. Auch für Sachen, wo die Staatsregierung zur Bontoumbank in geschäftlichen Beziehungen steht, wäre ein Zusammenbruch derartig, daß ein Ereignis von einschneidendster Wichtigkeit. Die Bontoumbank ist im Gefolge des österreichischen Einflusses in das Fürstenthum eingezogen, und man fürchtet nur zu sehr, daß, wenn sie auszieht, Manchester mit ihr wird gehen müssen. Im Italien hat sie den Versuch gemacht, sich durch eine Art finanziellen Staatsanleihen fest den gesamten habsburgischen Einfluss in das Fürstenthum einzufangen, und man fürchtet nur zu sehr, daß, wenn sie auszieht, Manchester mit ihr wird gehen müssen. Im Italien hat sie den Versuch gemacht, sich durch eine Art finanziellen Staatsanleihen fest den gesamten habsburgischen Einfluss in das Fürstenthum einzufangen, und man fürchtet nur zu sehr, daß, wenn sie auszieht, Manchester mit ihr wird gehen müssen.

Die Gruppe Bontoux ist bekanntlich in Österreich-Ungarn eingeführt, und eine Reihe von Banken sind dort vorhanden, die man unter dem Namen der Bontoumbank versteht. Auch für Sachen, wo die Staatsregierung zur Bontoumbank in geschäftlichen Beziehungen steht, wäre ein Zusammenbruch derartig, daß ein Ereignis von einschneidendster Wichtigkeit. Die Bontoumbank ist im Gefolge des österreichischen Einflusses in das Fürstenthum eingezogen, und man fürchtet nur zu sehr, daß, wenn sie auszieht, Manchester mit ihr wird gehen müssen.

Die Bontoumbank ist bekanntlich in Österreich-Ungarn eingeführt, und eine Reihe von Banken sind dort vorhanden, die man unter dem Namen der Bontoumbank versteht. Auch für Sachen, wo die Staatsregierung zur Bontoumbank in geschäftlichen Beziehungen steht, wäre ein Zusammenbruch derartig, daß ein Ereignis von einschneidendster Wichtigkeit. Die Bontoumbank ist im Gefolge des österreichischen Einflusses in das Fürstenthum eingezogen, und man fürchtet nur zu sehr, daß, wenn sie auszieht, Manchester mit ihr wird gehen müssen.

Die Bontoumbank ist bekanntlich in Österreich-Ungarn eingeführt, und eine Reihe von Banken sind dort vorhanden, die man unter dem Namen der Bontoumbank versteht. Auch für Sachen, wo die Staatsregierung zur Bontoumbank in geschäftlichen Beziehungen steht, wäre ein Zusammenbruch derartig, daß ein Ereignis von einschneidendster Wichtigkeit. Die Bontoumbank ist im Gefolge des österreichischen Einflusses in das Fürstenthum eingezogen, und man fürchtet nur zu sehr, daß, wenn sie auszieht, Manchester mit ihr wird gehen müssen.

Die Menschen hatten sich in das Innere der Gebäude geschlichen, langsam schlich ein struppiger, durstiger Hund mit lechzendem Zunge an der Seite der öden Straße dahin. Dazu der Dampf des Kochenden Asphalts, der Geruch des Rauchs, des Frits, des Firnis, es war eine niederdürrende Atmosphäre. Und kein Luftzug, der die heiße Stirn kühlte, aber bei jedem Radumdrehen der langsam dahinfahrenden Sandwagen die Staubwolken aufwirbelte, durch welche kaum die Sonnenstrahlen zu brechen vermochten. Auf e. Mal hörten Fluchworte, Peitschenkläuse und drohendes Wort Heimat aus seinem Hinterbrüten empor. Oben am Ende der Straße unter einem halbwollenen Neubau steht er einen Sandwagen, ein zusammengebrochenes Pferd, einen Fuhrmann, der faulend und schlachend die Peitsche auf den Rücken des Thieres niederschlagen läßt, und mehrere Leute aus den nächsten Häusern, die auf den Fuhrmann losstürzen.

Der elende Kerl sollte die Peitsche kriegen...“

„schräg ein Maurer, „so ein Kerl von einem Thier vor einem Sandwagen zu spannen, den drei Friedländer kaum ziehen können.“

„Die Wöhre ist ein Dickkopf...“ grunzte der Fuhrmann und holte wieder aus... „Sie will nicht leben...“ Und wieder fielen flachende Peitschenkläuse auf den elenden Körper des Thieres, dessen spitze Knochen jeden Augenblick die Haut zu durchbohren drohten, das aber, den Kopf auf die Erde gelegt, stumm und regungslos alle Misshandlungen über sich ergehen ließ...

„Dort drüben steht ein Schuhmann, Louis, hol ihn doch. Er soll nicht Menschen feil halten und den Werbeschinder attackieren...“

Inszenierung auswählen:

Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Zürich-Frankfurt a. M.: Hansemann & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-Franz-Ludwig-Frankfurt a. M.; München: Rud. Moos; Berlin: Israelsendfuß; Bremen: R. Schlotte; Bremen: L. Stünzen; Bremen: (Emil Knobach); Frankfurt a. M.: E. Jaeger'sche Buchhandlung; Börnitz: G. Müller; Hannover: C. Schmidley; Paris-Berlin-Frankfurt a. M.: Stuttgart: Dusche & Co.; Hamburg: Ad. Steiner.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals,
Dresden, Zwingerstraße No. 20.

Tagesgeschichte.

Dresden, 23. Januar. Im heutigen königl. Residenzschloss findet heute Nachmittag eine höhere Hofstätt statt, zu welcher Einladungen an die königl. Staatsminister General der Cavallerie v. Haube und Dr. v. Gerber, sowie an die Vicepräsidenten und Mitglieder beider Kammer der Ständeversammlung ergangen sind.

Dresden, 23. Januar. Beide Kammer hielten heute Sitzungen ab. In der Sitzung der Ersten Kammer, welcher Staatsminister General v. Könneritz anwohnte, eröffnete Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg namens der zweiten Deputation Bericht über Cap. 73 bis 80 und 84 bis 87 des Staats der Büchse, Finanzdepartement, und empfahl den Beitritt zu den von der jetzigen Kammer hierzu gehaltenen, die Regierungsvorlage im wesentlichen unverändert genehmigten Beschlüssen. Die Kammer beschloß demgemäß. Sodann wurden Rittergutsbesitzer v. Trüpfeler und Bürgermeister Claus zu Müglitzberg, Rittergutsbesitzer Böhl und Bürgermeister Hirschberg zu Müglitzberg treitenden Mitgliedern des Plenums der Brandversicherungskommission wiedergewählt.

In der Sitzung der Zweiten Kammer wurde eine vom Abg. Dr. Heine gestellte Interpellation, ob die Regierung sich im Bundesrat darüber verwenden wolle, daß seitens der Reichsregierung bei der bevorstehenden Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Verträge für Deutschland herbeigeführt werde, vom Staatsminister Schröder, v. Könneritz verneint beantwortet, da die Reichsregierung bei der Fortsetzung der internationalen Währungskonferenz die Rehabilitierung des Silbers und Einführung der Doppelwährung durch internationale Ver

lichen Einfluss sein, ob es gelingt, die Unfallversicherungsverordnung rechtzeitig fertig zu stellen, was noch nicht als sicher gilt. — Der Abg. v. Massow hat deklarativlich für die dritte Verordnung des Reichshaushaltsschusses den Antrag eingebracht, die von den Bundesregierungen geforderte Summe von 290 000 M. zur Errichtung einer Militärabnahmevergütungsanstalt und einer Unteroffiziersschule in Neubreitbach zu bewilligen, obgleich dieser Posten bei der zweiten Belebung des Hauses vom Reichstag abgelehnt worden ist. Dr. v. Massow wurde, wie die „R. Pr. Ztg.“ vermittelte, gestern vom Feldmarschall Helm. v. Manteuffel empfangen und hatte die Ehre, mit dem Feldmarschall über den vorangegangenen Antrag zu konferieren, bei welcher Gelegenheit Se. Exzellenz die militärische und politische Bedeutung des Antrags hervorholte und sein lebhafes Interesse für die Bewilligung der geforderten Summe wiederholt ausdrücklich betonte. Wir sehen der Entscheidung des Reichstags mit Spannung entgegen und zweifeln nicht, daß dieselbe gezeigt sein wird von politischem Verständnis und patriotischer Gesinnung, fügt das conservative Blatt dieser Nachricht hinzu. — Dem Abgeordnetenkamme ist ein Gesetzentwurf, betreffend den weiteren Erwerb von Privatbahnen für den Staat, zugegangen, nämlich 1) der bergisch-märkischen, 2) der thüringischen, 3) der Berlin-Wedeler, 4) der Cottbus-Großhennauer, 5) der märkisch-posener und 6) der Rhein-Nahe-Eisenbahn. Nach dem Entwurf wird die Regierung zur Ausgabe von Staatschuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 473 681 560 M. zu dem gedachten Zwecke ermächtigt. Die Begründung des Gesetzentwurfs geht nicht von den erreichten Resultaten aus; sie beweist dieselben zwar im Verlauf der Darstellung und erklärt es wiederholt für ungewiß, daß die vorhergesagten heilsamen Folgen der Verstaatlichung eingetreten seien; aber in den Vordergrund stellt sie zwei andere Erwägungen: daß die verabsichteten Reformen des Betriebs sich nicht vollständig durchführen ließen, so lange die Staatsbahnen compiege noch von Privatbahnen durchsetzt oder begrenzt sind; und daß die noch bestehenden Privatbahnen selber den Übergang zum Staatsbahnsystem als vollendete Thatsache betrachteten, daher keinen Glauben an ihre Lebendigkeit mehr hätten, ihre ganze Verwaltung — im Gegenzug zum Verstaatlichte — nur noch darauf einzichten, bei der eventuellen Verstaatlichung einen möglichst hohen Preis erlangen zu können, deshalb sowohl Verbesserungen des Betriebes als Erweiterungen des Eisenbahnsystems unterliegen. — Nachdem das unierten Telegrafennetz des Reichsgebietes nunmehr vollendet ist, hat Dr. Stephan eine Reihe von Bestimmungen zum Schutz der unteriridischen Telegrafenleitung erlassen, welche beweisen, dieses wertvollste und wichtigste Material für den Telegrafenbetrieb vor Beschädigungen zu sichern und dauernd brauchbar zu erhalten. Außer den Vorrichtungen für die Aufsuchungsbeamten u. s. w. der Post- und Telegrafenverwaltung und die Vorsteher von Verkehrsbehörden der von Kabellinien durchzirkulierten Post zur Überwachung der Kabellinien und Beaufsichtigung der in deren Nähe vor kommenden Erdarbeiten, sind in gemeinschaftlicher Weise die Sicherheitsmaßregeln zusammengestellt worden, deren Beachtung notwendig ist, um bei allen Erd- und Maurerarbeiten, sowie bei den an Gas- und Wasserleitungskanälen und dergl. vorausgehenden Arbeiten, welche auf Chausseen und Landstraßen oder in den Straßen von Städten und Dörfern über den darin verlegten Telegrafenleitungen, bezw. in der Nähe der Kabellinie oder die selbe freimodig ausgeführt werden, eine Beschädigung der Kabel und Störungen des Telegrafenbetriebs auf denselben zu verhindern. Dieser Zusammenstellung soll durch Verleihung an die Telegrafenleitungsaufseher, die Chausseeaufseher der von Kabellinien versorgten Kunstrassen und an Beamte von Gasanstalten und Wasserwerken eine weitere Verbreitung gegeben werden. — Der zweite Strafgerichtsamt des Reichsgerichts in Leipzig verhandelte vorgestern über die von dem verantwortlichen Redakteur des Döbelnerischen „Börsen-Courier“, Salo Grünfeld, eingelegte Revision gegen das wegen Bekämpfung des Fürsten Bismarck, des Staatsministers Radbod und des Stadtbaudirektors Korn in je einem Halle, wegen Bekämpfung des Oberstleutnants v. D. Blankenburg in zwei Hallen und wegen verhinderlicher Bekämpfung des Leptern in einem Halle vom Landgericht L. Berlin am 1. November v. J. gefallene Urteil. Der Revolutionsantrag wurde in allen Punkten verworfen; das auf 1½ Jahr Gefängnis und Trostung der Kosten des Verfahrens lautende Urteil ist also rechts-

kräftig. — An dem gleichen Tage wurde in Berlin vor dem Schöffengericht gegen den Schriftsteller Otto Glagau, den Schriftsteller E. Richter zu Leipzig und zwei Leipziger Buchhändler verhandelt. Diese Blätter berichten darüber folgendes: Der Glagau'sche „Kulturlämpfer“ enthielt in Heft 6 des Jahresganges 1880 einen Artikel unter der Überschrift „Frankfurt, die Börse und Industrie“. Es war darin von dem Dr. Julius Hößdörfer, dem Redakteur der „Frankf. Börse- und Handelszeitung“ gesagt, daß er, obgleich ein Schwager Sonnemann's, aus der Redaktion dieser Zeitung ausscheiden mußte, weil er gelegentlich der Emission von Aktien der schweizerischen Nordostbahn bei einer Revolutionsfahrt beteiligt gewesen sei, bei welcher es sich um 30 000 Gulden gehandelt habe. Durch diesen von Richter verfassten Artikel, der, wie Richter behauptet, in „verbalharmlos und fehlender“ Gestalt im „Kulturlämpfer“ zum Aufdruck kam, schüttete sich Dr. Hößdörfer ebenso beleidigt, wie durch eine dasselbe Thema behandelnde Broschüre, welche Richter bei dem miangelhaften Leipziger Buchhändlern rezipierten ließ. Die sämtlichen Angeklagten hatten bezüglich der Vorgänge bei der schweizerischen Nordostbahn einen ungünstigen Wahrheitsbeweis angetreten, die von ihnen vorgebrachten Beugen bestanden aber in dieser Beziehung nichts Hochstetliges gegen den Kläger. Nunmehr äußerte Dr. Richter den Wahrheitsbeweis davon, daß Dr. Hößdörfer bei der Emission der Bülacher Börse eine derartige Revolutionsaffäre mitgemacht, d. h. von dem damaligen Emphär Herrn Voß eine große Summe gefordert, und als sich die diesbezüglichen Verhandlungen zerschlagen, die Bülacher Börse in der „Frankf. Ztg.“ ungünstig traktiert habe. In dieser Beziehung war die Beweisaufnahme ergiebiger. Die vorliegenden Aktionen des Frankfurter Stadtgerichts ergaben, daß die in einem vor Jahren dieserhalb geführten Prozeß sowohl der inzwischen im Freienhaus vertorfte Dr. Voß, wie auch andere Personen klagen in dem von den Angeklagten behaupteten Sinne gemacht haben. Ferner befunden der am Freitag persönlich vernommene ehemalige Redakteur eines anderen Frankfurter Blattes, Dr. Minoprio, und der ehemalige Redakteur der „Frankfurter Presse“, Dr. Stöpel, daß seinerzeit die Afrique mit den Bülacher Zooen sohnlos aufsehen in Frankfurt a. M. erregt habe, daß unmittelbar darauf Dr. Hößdörfer aus seiner Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ entlassen worden sei, und daß der Kläger in Frankfurt a. M. auch ziemlich allgemein als ein Mann bekannt sei, der derartige Revolutionsaffären seinerzeit nicht verschwiegen. Die Vertreter der Angeklagten erachteten hiernach den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht und beantragten die Freisprechung. Der Angeklagte Glagau machte schließlich auch noch die Verjährung für sich geltend. Der Gerichtshof erkannte infolge dessen auf Einstellung des Verfahrens unter Kosten des Klägers, legte diesem auch die Pflicht auf, den Verklagten die ihnen erwünschten notwendigen Auslagen zu erzeigen.

* München, 20. Januar. Der von der Kammer der Abgeordneten zum Schlüß erhobene Antrag des Abg. Balthardt auf Aufhebung der königl. Verordnung vom 20. August 1873, die Bildung der Schulspiegel re., resp. die Simultan-Schule betreffend, gelangte heute im dritten Ausschuß der Kammer der Reichsräte zur Beratung, und es wurde die Zustimmung zu dem Beschlüsse des Kammer der Abgeordneten beschlossen. Der Ausschluß hat also den vermittelnden Antrag des Präfekten des evangelischen Oberkonistoriums, Reichsräte v. Meyer, abgelehnt. Wie der „R. C.“ erhält, erklärte im Verlaufe der Debatte Staatsminister v. Zug sich bereit, in der vorliegenden Frage einzutreten, und stellte die Aufhebung der fraglichen Verordnung anmährend in Aussicht. — Der Abg. Schels hat heute folgenden Antrag schriftlich bei der Kammer der Abgeordneten eingereicht:

„Der Kammer der Abgeordneten wolle beklagen: es sei an Se. Majestät den König die abschreckende Sine zu richten, alle Rechtsdekrete sollen geraden. Ihre Bevollmächtigten zum Sonderkonto zu befragen, einer auf Einsichtung des Tabakmonopols im heutigen Reichsgerichtsvorort nicht zugestellt.“

* München, 21. Januar. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten kam eine königl. Befehlsurkunde zur Berichtigung, durch welche die Session des Landtages bis zum 26. Februar verlängert wird. Es folgte die Berichtigung des Gesetzentwurfs, einen außerordentlichen Militärkredit betreffend.

Rechtsritter Walter kontrahiert Rantumme, da es sich lediglich um die Fortsetzung bereits genehmigter Bauten in Ingolstadt handte.

Der hat mir nichts zu befehlen . . .“ ichre der Führmann, und wieder schwang er die Peitsche über dem niedergeknüppelten Thiere, als eine Faust ihn rückwärts am Kragen ergriff und zu Boden schleuderte . . .

„Schinder“, rief der Mann, dessen Blick jetzt erst auf das Pferd fiel . . . und . . .

„Droll . . . Droll . . .“ rang es sich mit einem furchtbaren, erschütternden Schrei aus seiner Brust los . . .

Bei dem Tone dieser Stimme erhob das sterbende Thier seinen Kopf und ein leises Wiehern wurde hört. — Im nächsten Augenblick aber lag der Mann — Heinrich — im Staube neben dem elenden, hilflosen Geschöpf und schlängt unter Thränen seinen Arm um den Kopf des Pferdes, daß seine letzten Kräfte aufwändig, aufzuhören verachtete . . . Nach Görre hatte seinen alten Gefährten wieder erkannt und mit fröhlichem Bellen umsprang der Hund den zuverdutzt und betrachteten verwundeten den fiktiven Hufstein.

Jetzt aber hatte der schmackhunke Fahrermann sich wieder aufgerichtet und mit schäumendem Mund an Heinrich und Droll herantretend, schrie er, indem er den Reiteren an der eisernen Kette emporzuziehen suchte, „was habt Ihr mit meinem Pferde zu schaffen, Ihr Bagabund?“

Heinrich sprang empor und hielt des Mannes Hand zurück . . .

„Läßt das Pferd . . . erhält es nicht an . . . oder so wahr ein Gott im Himmel lebt, ich schläg Euch den Schädel ein . . .“

Sein Anschein war wohl der Art, daß der Führmann die Drohung für ernsthaft halten könnte . . .

Der freie Kerl, brutal einem wehrlosen Geschöpf gegenüber, schrie nach Hölle . . . „Ah Frühe“, lachten spöttisch die Männer, „sängt Dir an zu pfeifen?“

„Ich will Euch das Pferd absägen“, sagte Heinrich, „seid kein Narr und sagt, wie viel Ihr dafür haben wollt?“

Der Führmann, noch erbittert über den Wurf in die Gosse, aber andertheils eingeschüchtert durch die drohende Ueberlegenheit des Unbekannten, stieß Heinrich's Hand zurück . . .

„Ich will Ihr Geld nicht, das Pferd ist mein . . . Ich sag' es tot! . . .“

„Ra, seid kein Trotz“, wischte sich jetzt einer der Männer zum Führmann gewendet in die Unterhandlung der beiden. Reicht das Geld und gebt ein paar Seide zum Besten.“

„Ich mag kein Geld nicht . . .“ grunzte noch immer hartnäckig der Führmann . . .

Heinrich griff in die Seitentasche . . .

„Hier, wie viel wollt Ihr?“ und er hielt dem Manne ein Paar Thaler-Scheine entgegen . . .

Die Hand voll Papiergeld war nicht mehr, als alle Ueberredungskunst . . .

Der Führmann warf einen dummpfusigen Blick auf das sterbende Pferd und einen auf die Geldscheine . . .

Unter fünfzigwanzig thue ich es nicht . . .“ sagte der Führmann, der nach den Banknoten lästern geworden war . . .

„Ihr sollt dreißig haben“, sagte Heinrich, altemlos vor Erregung . . . aber kannt das Thier sofort aus . . .

Dreißig Thaler . . . fünf Thaler mehr, als er verlangt. Der rohe Patron war wie umgewandelt . . .

Eig. Schels spricht nunmehr der äußersten Redten für Abrechnung. Der 11. Jänner ist das Ende der davorhin finanzierten geplanten worden; damals hätten die Wörther „R. Pr. Ztg.“ und „Wort“ versprochen, es werde keine Verbindung der Landesbank eintreten.

Der Kriegsminister a. W. Möllinger erinnert daran, daß Wörther die Kriegsbeschädigung nicht für das Kriegsministerium der Ritter beweist habe; daher seien die anherrschenden Gedanken aus der jenen 1870 verlängerte Rechtsprechung, daß der Kriegsminister der Kriegsminister ist, nicht mehr Jahr neuer Wörther gemacht werden. Der rechte wichtige schwerpunkt der „Wörther“ gestoßt, daß er, obgleich ein Schwager Sonnemann's, aus der Redaktion dieser Zeitung ausscheiden mußte, weil er gelegentlich der Emission von Aktien der schweizerischen Nordostbahn bei einer Revolutionsfahrt beteiligt gewesen sei, bei welcher es sich um 30 000 Gulden gehandelt habe. Durch diesen von Richter verfassten Artikel, der, wie Richter behauptet, in „verbalharmlos und fehlender“ Gestalt im „Kulturlämpfer“ zum Aufdruck kam, schüttete sich Dr. Hößdörfer ebenso beleidigt, wie durch eine dasselbe Thema behandelnde Broschüre, welche Richter bei dem miangelhaften Leipziger Buchhändlern rezipierten ließ. Die sämtlichen Angeklagten hatten bezüglich der Vorgänge bei der schweizerischen Nordostbahn einen ungünstigen Wahrheitsbeweis angetreten, die von ihnen vorgebrachten Beugen bestanden aber in dieser Beziehung nichts Hochstetliges gegen den Kläger. Nunmehr äußerte Dr. Richter den Wahrheitsbeweis davon, daß Dr. Hößdörfer bei der Emission der Bülacher Börse eine derartige Revolutionsaffäre mitgemacht, d. h. von dem damaligen Emphär Herrn Voß eine große Summe gefordert, und als sich die diesbezüglichen Verhandlungen zerschlagen, die Bülacher Börse in der „Frankf. Ztg.“ ungünstig traktiert habe. In dieser Beziehung war die Beweisaufnahme ergiebiger. Die vorliegenden Aktionen des Frankfurter Stadtgerichts ergaben, daß die in einem vor Jahren dieserhalb geführten Prozeß sowohl der inzwischen im Freienhaus vertorfte Dr. Voß, wie auch andere Personen klagen in dem von den Angeklagten behaupteten Sinne gemacht haben. Ferner befanden der am Freitag persönlich vernommene ehemalige Redakteur eines anderen Frankfurter Blattes, Dr. Minoprio, und der ehemalige Redakteur der „Frankfurter Presse“, Dr. Stöpel, daß seinerzeit die Afrique mit den Bülacher Zooen sohnlos aufsehen in Frankfurt a. M. erregt habe, daß unmittelbar darauf Dr. Hößdörfer aus seiner Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ entlassen worden sei, und daß der Kläger in Frankfurt a. M. auch ziemlich allgemein als ein Mann bekannt sei, der derartige Revolutionsaffären seinerzeit nicht verschwiegen. Die Vertreter der Angeklagten erachteten hiernach den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht und beantragten die Freisprechung. Der Angeklagte Glagau machte schließlich auch noch die Verjährung für sich geltend. Der Gerichtshof erkannte infolge dessen auf Einstellung des Verfahrens unter Kosten des Klägers, legte diesem auch die Pflicht auf, den Verklagten die ihnen erwünschten notwendigen Auslagen zu erzeigen.

Augsburg, 22. Januar. Wie die neueste „Allg. Ztg.“ erzählt, ist der frühere Landtags- und Reichstagsabgeordnete Dr. Josef Voß heute Morgen nach längeren Leidens, aber unerwartet schnell gestorben. Stuttgart, 21. Januar. Zum Fall Diez vor dem „Schwäb. Merc.“ mittheilen, daß der ursprünglich geplante, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verfolgte Buchdrucker Goldhausen auf telegraphische Requisition der hiesigen Polizei in Tübingen (Rheinprovinz, an der belgischen Grenze) verhaftet und seit gestern früh im Untersuchungshaft hierher eingefangen ist. Die Verfolgung geschah wegen dessen, daß er die Angeklagten in der „Frankf. Ztg.“ ungünstig traktiert habe. In dieser Beziehung war die Beweisaufnahme ergiebiger. Die vorliegenden Aktionen des Frankfurter Stadtgerichts ergaben, daß die in einem vor Jahren dieserhalb geführten Prozeß sowohl der inzwischen im Freienhaus vertorfte Dr. Voß, wie auch andere Personen klagen in dem von den Angeklagten behaupteten Sinne gemacht haben. Ferner befanden der am Freitag persönlich vernommene ehemalige Redakteur eines anderen Frankfurter Blattes, Dr. Minoprio, und der ehemalige Redakteur der „Frankfurter Presse“, Dr. Stöpel, daß seinerzeit die Afrique mit den Bülacher Zooen sohnlos aufsehen in Frankfurt a. M. erregt habe, daß unmittelbar darauf Dr. Hößdörfer aus seiner Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ entlassen worden sei, und daß der Kläger in Frankfurt a. M. auch ziemlich allgemein als ein Mann bekannt sei, der derartige Revolutionsaffären seinerzeit nicht verschwiegen. Die Vertreter der Angeklagten erachteten hiernach den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht und beantragten die Freisprechung. Der Angeklagte Glagau machte schließlich auch noch die Verjährung für sich geltend. Der Gerichtshof erkannte infolge dessen auf Einstellung des Verfahrens unter Kosten des Klägers, legte diesem auch die Pflicht auf, den Verklagten die ihnen erwünschten notwendigen Auslagen zu erzeigen.

Stuttgart, 21. Januar. Zum Fall Diez vor dem „Schwäb. Merc.“ mittheilen, daß der ursprünglich geplante, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verfolgte Buchdrucker Goldhausen auf telegraphische Requisition der hiesigen Polizei in Tübingen (Rheinprovinz, an der belgischen Grenze) verhaftet und seit gestern früh im Untersuchungshaft hierher eingefangen ist. Die Verfolgung geschah wegen dessen, daß er die Angeklagten in der „Frankf. Ztg.“ ungünstig traktiert habe. In dieser Beziehung war die Beweisaufnahme ergiebiger. Die vorliegenden Aktionen des Frankfurter Stadtgerichts ergaben, daß die in einem vor Jahren dieserhalb geführten Prozeß sowohl der inzwischen im Freienhaus vertorfte Dr. Voß, wie auch andere Personen klagen in dem von den Angeklagten behaupteten Sinne gemacht haben. Ferner befanden der am Freitag persönlich vernommene ehemalige Redakteur eines anderen Frankfurter Blattes, Dr. Minoprio, und der ehemalige Redakteur der „Frankfurter Presse“, Dr. Stöpel, daß seinerzeit die Afrique mit den Bülacher Zooen sohnlos aufsehen in Frankfurt a. M. erregt habe, daß unmittelbar darauf Dr. Hößdörfer aus seiner Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ entlassen worden sei, und daß der Kläger in Frankfurt a. M. auch ziemlich allgemein als ein Mann bekannt sei, der derartige Revolutionsaffären seinerzeit nicht verschwiegen. Die Vertreter der Angeklagten erachteten hiernach den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht und beantragten die Freisprechung. Der Angeklagte Glagau machte schließlich auch noch die Verjährung für sich geltend. Der Gerichtshof erkannte infolge dessen auf Einstellung des Verfahrens unter Kosten des Klägers, legte diesem auch die Pflicht auf, den Verklagten die ihnen erwünschten notwendigen Auslagen zu erzeigen.

Wien, 22. Januar. Wie die neueste „Allg. Ztg.“ mittheilt, daß der 11. Jänner die Kammer der Abgeordneten zum Schlüß erhobene Antrag des Abg. Balthardt auf Aufhebung der königl. Verordnung vom 20. August 1873, die Bildung der Schulspiegel re., resp. die Simultan-Schule betreffend, gelangte heute im dritten Ausschuß der Kammer der Reichsräte zur Beratung, und es wurde die Zustimmung zu dem Beschlüsse des Kammer der Abgeordneten beschlossen. Der Ausschluß hat also den vermittelnden Antrag des Präfekten des evangelischen Oberkonistoriums, Reichsräte v. Meyer, abgelehnt. Wie der „R. C.“ erhält, erklärte im Verlaufe der Debatte Staatsminister v. Zug sich bereit, in der vorliegenden Frage einzutreten, und stellte die Aufhebung der fraglichen Verordnung anmährend in Aussicht. — Der Abg. Schels hat heute folgenden Antrag schriftlich bei der Kammer der Abgeordneten eingereicht:

„Der Kammer der Abgeordneten wolle beklagen: es sei an Se. Majestät den König die abschreckende Sine zu richten, alle Rechtsdekrete sollen geraden. Ihre Bevollmächtigten zum Sonderkonto zu befragen, einer auf Einsichtung des Tabakmonopols im heutigen Reichsgerichtsvorort nicht zugestellt.“

Münster, 20. Januar. (Fr. Anz.) Die Sozialisten, welche im November v. J. in Marienborn bei Mainz tumulturierten und gegen Ortsbewohner und die Polizei zuschlugen, standen gestern vor dem Mainzer Landgericht. Sämtliche 7 Angeklagte wurden verurteilt, und zwar 1 zu 40, 1 zu 38 Tagen, 1 zu 4, 3 zu 3 Wochen Gefängnis und 1 zu 25 M. Geldstrafe.

Lübeck, 20. Januar. (D. R.) In der heute vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Privatklage des Landtagsabgeordneten Kammerath Berlin-Lübeck gegen den Landrat v. Banniganen, der „R. Pr. Presse“ mittheilt, daß der ursprünglich geplante, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verfolgte Buchdrucker Goldhausen auf telegraphische Requisition der hiesigen Polizei in Tübingen (Rheinprovinz, an der belgischen Grenze) verhaftet und seit gestern früh im Untersuchungshaft hierher eingefangen ist. Die Verfolgung geschah wegen dessen, daß er die Angeklagten in der „Frankf. Ztg.“ ungünstig traktiert habe. In dieser Beziehung war die Beweisaufnahme ergiebiger. Die vorliegenden Aktionen des Frankfurter Stadtgerichts ergaben, daß die in einem vor Jahren dieserhalb geführten Prozeß sowohl der inzwischen im Freienhaus vertorfte Dr. Voß, wie auch andere Personen klagen in dem von den Angeklagten behaupteten Sinne gemacht haben. Ferner befanden der am Freitag persönlich vernommene ehemalige Redakteur eines anderen Frankfurter Blattes, Dr. Minoprio, und der ehemalige Redakteur der „Frankfurter Presse“, Dr. Stöpel, daß seinerzeit die Afrique mit den Bülacher Zooen sohnlos aufsehen in Frankfurt a. M. erregt habe, daß unmittelbar darauf Dr. Hößdörfer aus seiner Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ entlassen worden sei, und daß der Kläger in Frankfurt a. M. auch ziemlich allgemein als ein Mann bekannt sei, der derartige Revolutionsaffären seinerzeit nicht verschwiegen. Die Vertreter der Angeklagten erachteten hiernach den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht und beantragten die Freisprechung. Der Angeklagte Glagau machte schließlich auch noch die Verjährung für sich geltend. Der Gerichtshof erkannte infolge dessen auf Einstellung des Verfahrens unter Kosten des Klägers, legte diesem

zusammen Personen lebensfähig oder für eine Reihe von Jahren bestimmte Riten zugewiesen, für die verwaisten Kinder aber vorerst die zu ihrer Erhaltung und Erziehung notwendigen Jahresbeiträge ausgeworben, außerdem aber bestimmte Kapitalien bis zur erlangten Großjährigkeit fruchtbbringend angelegt werden. — Die Untersuchungskommission des Herrenhauses hat gestern den Bericht des Referenten Dr. Unger über die Vorlage, betreffend die Errichtung einer tschechischen Universität in Prag angenommen. Derselbe gelangt demnächst vor das Plenum. — Die Nachrichten aus dem Süden lassen ziemlich ernst. Fast täglich finden bereits kleinere Gefechte und Zusammenstöße zwischen den Truppen und den Insurgenten statt, und wenn auch lebhafte hierbei in der Regel den Kürzeren ziehen, so gelingt es doch in den seltenen Fällen, sie vollständig ungeschickt zu machen, da sie in Montenegro stets eine sichere Zufluchtshütte finden. Überhaupt wird man auf eine rasche Besiegung des Aufstandes kaum rechnen können, da das gesetzlose Terrain in den insurgierten Gegenden, sowie der Charakter der dortigen Bevölkerung den Guerrakrieg begünstigen und die Haltung der monastinischen Bevölkerung trotz der Legalität ihres Führers gegenüber Österreich eine mehr als zweifelhaft ist. Baron Jovanovich, welcher sein Hauptquartier nach Skopja verlegt hat, operiert zwischen mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften hauptsächlich gegen die renitente Armee, während die Untercommandepten zunächst der Herzegowina ihr Augenmerk zuwenden, wobei der Aufstand unläufig täglich größere Dimensionen annimmt. Von sämtlichen, in Südmazedonien und den occupieden Ländern stehenden Truppenkörpern wurden bereits die Revolten einberufen; dagegen werden neue Regimenter nicht mehr dahin beordert werden, weil dies eine Stützung der lokalen Verbände, sowie der bestehenden Orde de battaille bedingen würde. Im Übrigen hält man hier an der Hoffnung fest, daß der Aufstand localisiert bleibt und zu keinen höheren Konflagrationen führen wird.

△ Prag, 22. Januar. Das Begräbnis des commandirten Generals von Bohmen, Feldzeugmeisters Baron Litzkofen, fand gestern unter grohem militärischen Pompa und allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung Prags statt, welche auf dem eine Stunde langen Wege, den der Trauerzug vom Generalkommandogebäude auf der Kleinseite bis zum Militärfriedhofe in Karolinenthal zurückzulegen hatte, dichtes Doppelpalpar bildete. Der Generaladjutant des Kaisers, Feldzeugmeister Baron Mondel, welcher gestern früh von Wien hier eingetroffen war und sein Absteigequartier in der Prädikiner Hofburg genommen hatte, schritt im Buge hinter dem Leichenzug als Vertreter des Monarchen. Kronprinz Rudolf ritt an der Spitze seiner Brigade, welche den zweiten Theil der militärischen Begleitung bildete. Die Geschwader der beiden ausgerückten Infanteriebrigaden und 24 Kanonen schüsse verhinderten, daß die irische Halle des trefflichen Generals zur ewigen Ruhe bestattet werden. — Das Wahlcomité der verfassungstreuen Wähler des böhmischen Großgrundbesitzes hat beschlossen, für die am 18. Februar stattfindende Erstwahl eines Reichsratsabgeordneten den Grafen Oswald Thun-Hohenstein jun. als Kandidaten aufzustellen. Von conservativer Seite wird, wie schon mitgetheilt, Fürst Ferdinand Dobrovitsch für diese Wahl kandidirt. — Einem offiziellen Ausweise ist zu entnehmen, daß das Vereinswesen in Böhmen auch im vorigen Jahre einen großen Aufschwung genommen hat, wofür die Thattheit zeugt, daß mehr als 1000 Vereine seither neu gegründet wurden, theils ihre Statuten geändert haben. Die Zahl der im vorigen Jahre neu entstandenen Vereine beträgt 761, darunter 101 Lese-, Bildungs-, und Gesellschaftsvereine und 80 Ortsgruppen des deutschen Schulvereins. Vereinslösungen erfolgten 70, davon 4 infolge behördlicher Einschreitens.

Karlowitz, 20. Januar. (Fr.) In der heutigen Sitzung des Kirchencongresses ist die Publication des königl. Rekretes über die Ernennung Angyalies zum Patriarchen ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. Der Kongress wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Morgen beginnen die üblichen Feierlichkeiten, übermorgen findet die Investituration des Patriarchen statt. Zuletzt die Deputationen treffen von allen Seiten ein; das Volk strömt aus der ganzen Umgebung hier zusammen.

△ Paris, 21. Januar. Das große Ereignis des heutigen Tages ist die Zusammenkunft Gambetta's mit der Sitz-Commission, eine Zusammen-

fahrt, welche den Beweis liefern sollte, ob noch eine Verständigung zwischen der Kammer und dem Gesellschafter möglich oder nicht. Diejenigen, die vor dieser Konferenz noch eine Hoffnung hegten, den Conflict beigelegt zu sehen, müssen sich noch darüber sehr enttäuscht gefühlt haben. Der Conflict hat sich im Gegenteil verschärft. Gambetta hat sich zu einer Verhandlung hinzuholen lassen, deren schlechten Eindruck er nicht wieder verwischen wird. Er erschien nach 3 Uhr mit den Ministern der Justiz und des Innern, und die Commission unterwarf ihm sofort einen Bericht, das in seiner etwas inquisitorischen Form allerdings geeignet war, die Geduld des Verhörs auf die Probe zu stellen. Man befragte ihm namentlich über das Listenkritisum und ließ den Argwohn merken, daß hinter den von Gambetta verlangten Einführung dieser Reform wohl eine feindliche Absicht gegen die Kammer stecke möge. Gambetta widerlegte diesen Verdacht mit den bekannten von seinen Journalen oft angeführten Argumenten und erklärte sich dann auf Befragen umständlich darüber, daß ein Kongress unmöglich sei, wenn nicht das Programm deselben von beiden Kammer im Vorort so vorbereitet werden, daß der Kongress nicht darüber hinauskomme. Die Pflicht der Regierung sei es, eben auf die Feststellung und Einhaltung dieses Programms zu achten. Der nun legte Barrot die verlängerte Frage vor: "Was wird geschehen, wenn der Kongress als souverän erachtet wird?" Gambetta, schon gereizt, erwiderte drüst: "Alles, was außerhalb des erwählten Programms geschieht, wäre ungeheuerlich." Louis Védran fragte weiter: "Welche Sanction wäre geboten, wenn der Senat die Reformation ablehnen würde?" Gambetta: "Der Kongress würde sich nicht auf die vorangegangene Beschlüsse der Kammer beziehen." Gambetta, schon gereizt, erwiderte drüst: "Alles, was außerhalb des erwählten Programms geschieht, wäre ungeheuerlich."

Louis Védran fragte weiter: "Welche Sanction wäre geboten, wenn der Senat die Reformation ablehnen würde?" Gambetta: "Der Kongress würde sich nicht auf die vorangegangene Beschlüsse der Kammer beziehen." Gambetta, schon gereizt, erwiderte drüst: "Alles, was außerhalb des erwählten Programms geschieht, wäre ungeheuerlich." Louis Védran fragte weiter: "Welche Sanction wäre geboten, wenn der Senat die Reformation ablehnen würde?" Gambetta: "Der Kongress würde sich nicht auf die vorangegangene Beschlüsse der Kammer beziehen." Gambetta, schon gereizt, erwiderte drüst: "Alles, was außerhalb des erwählten Programms geschieht, wäre ungeheuerlich."

△ Rom, 21. Januar. Der "R. s. P." wird telegraphiert: Heute fand die geheime Abstimmung der Deputiertenkammer über die Wahlreform statt. Ecole beantragt, daß die Namen derjenigen Deputierten, die bei der Abstimmung über dieses wichtige Gesetz zugesogen gewesen, in das heutige Sitzungsprotokoll zum ewigen Gedächtnis eingerichtet werden. So Donato widersetzt sich diesem Antrage mit der Bemerkung, daß dies ein Vorwurf für die abwehrenden Kammermitglieder wäre. Der Präsident bemerkt, der Antrag widerspreche nicht dem Reglement. Derselbe wird hierauf einstimmig angenommen. Es wird zur Abstimmung gehoben. Das Wahlreformgesetz wird mit 217 gegen 63 Stimmen angenommen. Derselbe wird sofort dem Könige zur Sanction unterbreitet. Dieser wird sofort dem Könige zur Sanction unterbreitet. Die Kammer wird in die Beratung der Frage des Listenkritisums eingehen. Die Verhandlung der Interpellation Ricotti über die auswärtige Politik wurde auf Dienstag festgesetzt.

△ Rom, 21. Januar. (Fr.) Auf dem Gebiete der inneren Politik ist heute das Wichtigste die erste

Artikel mit den drohenden Worten an die Commission: "Mit einer vollständigen Revision sind ich in das Lager der Intriganten hinausgegangen, ungeschickt allerdings wie Leute, die noch nicht daran gewohnt, die Sprache der neuen Bundesgenossen, aus denen ihr eure Herren machen werden, zu reden. Aber ich habe die Habsucht der Intriganten aufgezerrt, und das genügt mir. Niemals und um keinen Preis wird sich die Regierung zu eurem Wunschwilligen machen. Wenn die Kammer mich folgt, wird die Regierung fallen. Aber wir haben die Gewissheit, daß sie nach dem Urtheil des Landes für die gute Sache gekämpft haben wird."

Paris, 22. Januar. (Tel.) Die Sitz-Com-

mission nahm gestern schließlich folgende Resolution an:

Gemäß Artikel 8 der Verfassung vom 22. Februar 1875 und auf Verlangen des Präsidenten der Republik erklärt die Kammer, in Aussicht der Notwendigkeit, die Artikel 4, 7 und 8 der Verfassung bezüglich der Organisation des Senats und des 2. und 3. des Artikel 1 der Verfassungsgesetz vom 22. Juli 1875 über die gegenwärtigen Bedingungen der öffentlichen Dienste zu widersetzen, daß eine Revision der Verfassungsgesetze notwendig ist.

Die Resolution gelangte mit 24 gegen 3 Stimmen zur Annahme; 5 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Der "Agence Havas" zufolge befürwortete die Resolution, obgleich sie eine theilweise Revision der Verfassung zu dulden scheint, das Cabinet nicht, da sie die Aufnahme des Listenkritisums in die Verfassung befürchte und da außerdem der Bericht der Commission die Rechte des Congresses als souverän und unbeschrankt hinstelle. Das Journal "Le Sidcle" sagt, die Resolution der Revisionscommission habe, da sie die Revision ohne vorgestellte Grenze zulasse, die Revision sehr möglich gemacht, weil der Senat die Reformation ablehnen werde.

Die "Agence Havas" meldet: In Sachen der Verteilungsfälle: Die Verhandlungen zwischen der "Union générale" und anderen Creditinstituten dauern fort. Wie es heißt, legte die Union ihre Lage unter Vorlegung ihrer Bücher dar, und es geht daraus hervor, daß sie dem Parquet und den Wechselagenten eine große Summe schuldet sei. Die Creditinstitute würden ihr aber leihen gegen die Garantie von Titres. Die Regulierung der neuen Aktionen würde auf 2 Monate hinausgezögert, und hoffe man noch immer auf ein Arrangement. Die Union werde demnach, wie es heißt, morgen ihre Bureau offen haben und Zahlung leisten.

Der "Tempo" sagt, unter den großen Bankinstituten von Paris herrsche bezüglich der in Betrieb der Krise zu ergreifenden Maßregeln Uneinigkeit; es handele sich, wohlverstanden, nicht darum, auf vollendete Thatsachen zurückzukommen, und die wenn auch unverdiente Entwarnung gewisser Papierer ungeschickt zu machen; es handele sich nicht um ein Werk der Speculation, sondern um gemeinsame Schutzmaßregeln. Die großen Bankinstitute wollten das Publikum wieder beruhigen und der weiteren Ausdehnung der Krise Grenzen setzen. — Die tatsächliche Wirtschaft demonstriert in formeller Weise die Gründlichkeit, daß der Sultan die Absicht habe, den Bey von Tunis abzuscheiden und Ali Ben Kalifa zu seinem Nachfolger zu ernennen, sowie, daß die Verhandlungen im Prozeß Koustan ins Arabische übersetzt und in Tausenden von Exemplaren nach Tripolis und Tunis geschickt werden sollten.

Rom, 21. Januar. Der "R. s. P." wird telegraphiert: Heute fand die geheime Abstimmung der Deputiertenkammer über die Wahlreform statt. Ecole beantragt, daß die Namen derjenigen Deputierten, die bei der Abstimmung über dieses wichtige Gesetz zugesogen gewesen, in das heutige Sitzungsprotokoll zum ewigen Gedächtnis eingerichtet werden. So Donato widersetzt sich diesem Antrage mit der Bemerkung, daß dies ein Vorwurf für die abwehrenden Kammermitglieder wäre. Der Präsident bemerkt, der Antrag widerspreche nicht dem Reglement. Derselbe wird hierauf einstimmig angenommen. Es wird zur Abstimmung gehoben. Das Wahlreformgesetz wird mit 217 gegen 63 Stimmen angenommen. Derselbe wird sofort dem Könige zur Sanction unterbreitet. Dieser wird sofort dem Könige zur Sanction unterbreitet. Die Kammer wird in die Beratung der Frage des Listenkritisums eingehen. Die Verhandlung der Interpellation Ricotti über die auswärtige Politik wurde auf Dienstag festgesetzt.

△ Rom, 21. Januar. (Tel.) Die "Gazzetta ufficiale" veröffentlicht heute Abend in einer außerordentlichen Ausgabe das Wahlreformgesetz. Goribaldi hat mit seiner Familie eine Villa am Postilippo auf 3 Monate bezogen, derselbe erhält auf Wunsch keine Besuch. Sein Besiedeln ist ziemlich gut.

London, 19. Januar. (D. R.) Auf dem Gebiete

Entscheidung der irischen Landcommission in Berufungsfällen. Sie bestätigt die von der Subcommissario festgesetzte Vorschrift, aber erklärt, daß letztere Unrecht gethan, dem Grundbesitzer die Kosten des Prozeßes aufzuerlegen, da die Regierung, die auf andere Weise Anwendung finde, wo der Unterliegende die Kosten zu tragen hat, nicht für die Landcommission geleisten könne, die mehr den Charakter eines Schiedsgerichts trage. Nur zwei Richter und zwei die juristischen Stimmen in ihrem Urteil überzeugt; der dritte, der als Zeuge betrachtet werden muß, stimmt in mehreren Punkten nicht überein und ist erneut, daß die Frage ohne Bezug dem irischen Oberappellationsgerichte unterbreitet werden soll. Die Ungewissheit, die zur Verweichung der Berufungen beiträgt, ist, meinen die "Times", durch die Entzweiung eher vergrößert, als vermindert worden. — Cardinal Manning und Canonius Forster, sagen "Daily News", thun Schritte, um den Lordmayor zu veranlassen, eine öffentliche Versammlung anlässlich der Gewaltthärtigkeiten gegen die Juden in Russland und Polen zu veranstalten. (Der Telegraph meldet bereits aus London vom 21. d. daß der Lordmayor ein Meeting zu diesem nach dem Massenunruhen einberufen hat.) Anfangs nächsten Monats soll über den nämlichen Gegenstand auch eine Versammlung in Manchester stattfinden, welcher Baron Henry de Worms und Sergeant Simons nomens des Londoner Comités bewohnen werden. Die Frage läuft übrigens Gesche, ebenfalls eine Parteivereinigung zu werden; die Neuerungen namentlich der conservativen Provincialblätter deuten darauf hin.

St. Petersburg, 22. Januar. (Tel.) Dem "Soviet" folge hat die Regierung beschlossen, in allen drei russischen Provinzen eine Revision durch Senatoren auszuführen zu lassen, wie solche in anderen Gouvernementen stattgefunden hat. — Die Ernennung des Generals Gurko zum zeitweiligen Generalgouverneur von Odessa wird amtlich publicirt. — Das Journal "Moskauer Telegraph" hat die erste Verwarnung erhalten. — Dem Bericht nach ist von dem General Knauthmann das Project einer Eisenbahn nach Tschekisch ausgearbeitet worden. — Im heutigen "Reg. Anz." wird seitens des Finanzministeriums in eingehenden Details die völlige Grundlosigkeit der Meldung des Londoner "Economist" nachgewiesen, nach welcher die Regierung die Eingänge aus den consolidirten Eisenbahnbölligationen für Staatsbedürfnisse verwendet haben soll. Das Finanzministerium beweist im Gegenteil an der Hand von Ziffern, daß die Regierung nicht nur alle Sammen aus den realisierten Eisenbahnbölligationen durchaus für Eisenbahnbüro veransagt, sondern noch außerdem über 150 Millionen Rubel aus verschiedenen Resourcen des Staatshauses für gleiche Zwecke vorgeschoßen hat.

Warschau, 19. Januar. Über die Aburteilung der am Freitag verhandelten Vertheilten schreibt man der "Schles. Zeit": Um das gerichtliche Verfahren gegen die während der letzten Judenverschwörung verübten, sind die Angeklagten in einige Kategorien geteilt worden. Die einen sind der öffentlichen Ruhestörung angeklagt und werden von zwei außergewöhnlichen Weise dazu bestimmten Friedensrichter, Baron v. Kleist und Dobrowolski, gerichtet. Diese haben den Auftrag, binnen nächster Zeit — 2 bis 3 Wochen — gegen 300 solcher Angeklagten abzurichten, und haben damit dieser Tage begonnen. Die meisten Angeklagten werden entweder aus Mangel an Beweisen freigesprochen, oder zu 8 bis 14 Tage Arrest resp. 10 bis 15 Rubel Geldstrafe verurteilt. Dürtere Strafen fanden bis jetzt nicht vor. Die zweite Kategorie bilden Verhaftete, bei denen man verdächtige entworfene Gegenstände vorgefunden hat. Derselben sind die Einbrüche beschuldigt und werden vom Kreisgericht gerichtet. Zu einer dritten Kategorie gehört eine Anzahl socialistischer Agitatoren, welche wahrscheinlich nach St. Petersburg geschickt werden, weil sie zur nihilistischen Partei gehören, vor das besondere politische Gericht, das in der Hauptstadt thätig ist, gestellt werden sollen. Es scheinen darunter einige Periodikleute zu sein, die auch schon früher compromittirt waren, ohne daß man ihrer habhaft werden konnte.

Belgrad, 21. Januar. (Tel.) Die "Slavischina" wählt Alexander Popovics zum Präsidenten, Professor Milan Djordjiev zum Vizepräsidenten. In der Abendausgabe der "Slavischina" verfasst der provisorische Präsident den fürrischen Utaf, mit welchem das heutige gewählte Präsidium bestätigt wird. Hierauf wurden sechs Secrétaire (hämlich der Fortschrittspartei angehörig) gewählt und die Deputation bestimmt, welche

Berfalls, der diese Papyruskollen angehören. Es war eine Zeit sinkender Unabhängigkeit, der Unterdrückung, der Auflösung, der Wandlung. Der alte Glaube war in schwellen Ersteren; die alte Sprache wurde durch ausländische Einfüsse verdeckt; die alte Schrift sollte in Kyrillisch briefigt werden. Den Kyrill und Perse hatten erobert und vertrieben und waren ihrer Wege gegangen. Wir wissen glücklicher Weise, wo die meisten von ihnen gefunden wurden. Der "Roman von Seina" wurde im Jahre 1865 im Grabe eines copischen Königs zu Theben entdeckt. Die juridischen und kommerziellen Documente kommen alle entweder aus Memphis oder Theben. Der memphitische Papyruskatalog wurde in den Räumen des Tempels des Serapeums im Jahre 1778 gefunden und zum Theil von den Arabern verbrannt. Der thebanische Schatz — eine außerordentliche Reihe von Documenten, welche die Privatsphäre einer einzelnen Familie untergeordneter Priester von Amun bildeten — wurde in einem irischen Krug im Jahre 1820 gefunden. Andere sind neulich von verschiedenen Reisenden gesammelt worden, zählt man sie die einen in die anderen, so befreieren die Papyruskollen eine Periode von ungefähr 5 Jahrhunderten, indem sie mit der Regierung Darius' I. beginnen, die ganze persische Periode umfassen und um die Zeit der römischen Eroberung endigen.

Man sieht auf den ersten Blick, daß solche

Documente, der Vergessenden der Jahrhunderte, ein massenhaft entziffert, eine fast unerschöpfliche Quelle der Belehrung eröffnen müssen hinsichtlich einer Zeitspanne und einer Gesellschaft, von denen wir wenig oder nichts wissen. Keine Epoche der spätantiken Geschichte ist dualiter als die Epoche des

Spalten einer täglichen Presse berichtet wurden. Wir werden sogar in die Geheimnisse jener dästeren und geheimnisvollen Ewigkeit eingeführt, wo die Einbalsamier und Bestatter der Mumienkrage und die Priester wohnten, welche den Trauergottesdienst für die Toten verrichteten. Solches ist der Werth der demotischen Papyruskollen, wenn man diese an und für sich selbst betrachtet; hält man sie aber zusammen mit den späteren griechischen und den noch späteren copischen Papyruskollen — die denselben Charakter haben und denselben Geschichtlichen entnommen sind, so erhalten sie sogar noch größere Wichtigkeit. Sie werden in der That zu den frühesten Wiederholungen einer fast ununterbrochenen Reihe juridischer und kommerzieller Archive, eine Zeit von 2000 Jahren ausstreckend, und die Perioden der ägyptischen Eroberung, die erste und zweite persische Eroberung, die griechische Eroberung, den letzten Unabhängigkeitskrieg, die römische Eroberung und mehrere Dynastien der arabischen Herrschaft umfassend. Mangel an Raum verbietet uns bei den wichtigen Phasen der nationalen Geschichte zu verweilen, für welche diese Papyruskollen Zeugnis ablegen, oder mehr als einen flüchtigen Blick auf jene Welten des Hellenismus, des Christentums, des Islamismus zu werfen, die während dieser ereignisvollen 2000 Jahre über das Land hinstrahlen. Hiermit ist nun im Allgemeinen genug gesagt worden, um die gewaltige Bedeutung des Themas anzugeben, zu welchem das Studium der demotischen Papyruskritiken Zugang gewährt.

(Fortsetzung folgt.)

Berberische Schäfe.

(Fortsetzung zu Nr. 18.)

Unter den weder juridischen noch kommerziellen Documenten kann eine Sammlung von Moralehen

ben Fürsten morgen zur Eröffnung der Slavischina einzuladen wird.

— Die „Polit. Corr.“ veröffentlicht die Thronrede zur Eröffnung der serbischen Slavischina, welche der Fürst in Belgrad verlesen hat.

Die Thronrede versichert freilich, daß die aktuelleren Beziehungen sich auszutauschen beständen und daß die corrente Haltung Serbiens ehrlichenhaften Kontaktierung habe. Die Thronrede nutzt das Schicksal des Fürsten bei dem Deutschen Kaiser Erwähnung und gibt den Druck für die konservative Ausrichtung der deutschen Regierung Ausdruck. Der ausgesuchte Empfang des Fürsten bildet einen neuen markanten Beweis, wie sehr die Erfolge Serbiens geschätzt würden. Der Empfang des Fürsten in St. Petersburg sei gleichfalls eine angemessene Erinnerung und ein erneuter Beweis der Sympathie des Fürsten für Serbien. Der Empfang bei dem Kaiser von Österreich habe den Fürsten mehrfach von den freundlichen Intentionen dieses Monarchen für Serbien, welche der Fürst doch schäme und welche er aufrichtig dankbar sei, überzeugt. Die Thronrede erwähnt den bereits abgeschlossenen und noch abschließenden Handelskonzert, betont die Richtigkeit der Erinnerung der bereits geschäftlich bestandenen Verbindungen bei den anständigen Hören und lädtige Verlagen an über die Reorganisation der Vermögens-, über Entwicklung der Kommunikationen und des Volkswirtschafts, über Organisation der Wirtschaft, Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, über die Fragefrage in den annecteten Gebietsteilen, über eine Emissionsform, die Errichtung einer Nationalbank und die Verfassungsreform.

Bukarest, 21. Januar. Ein Telegramm des „Frdbl.“ meldet: Über Reklamation der österreichischen Gesandtschaft wurde eine größere Anzahl rumänischer Auswanderer aus dem Banat, welche, bloß mit Passfotos versehen, ohne Erfüllung der für Auswanderung gütigen Vorschriften sich in der Donauwörth niederlassen wollten, über die Grenze zurückgebracht.

Konstantinopel, 22. Januar. (Tel.) Man nimmt hier an, daß Österreich, Italien, Russland und Deutschland infolge des jüngsten englisch-französischen Kriegsbelegs bezüglich Ägyptens sich ebenfalls äußern würden, damit ihr Schweigen nicht dahin gedeutet werde, daß die ägyptische Frage von ihnen als eine rein englisch-französische Frage anerkannt werde.

— Der Sultan hat dem österreichischen Consul v. Kosyek in Kairo das Großkreuz des Verdienstordens verliehen. — Washington, 21. Januar. (Tel.) Das Executive-Committee des nationalen Gesundheitsbureaus beantragt strenge Maßregeln gegen die Verbreitung der Pockenepidemie, worunter auch die Errichtung von Quarantäneanstalten. — Gerichtsweise verlaufen, Taft, der während der Präsidentschaft Grant's Generalanwalt war, sei für den Gesandtschaftsposten in Berlin in Aussicht genommen.

Präsidenten. Baron de Boscha würde dann die Leitung des Ministeriums übernehmen. Die Tage ist eine äußerst gespannte.

— „Reuter's Office“ meldet aus Kairo vom 20. Januar: Von einem Deutschen, welcher einer Truppe angehört, die Wachfiguren anschlägt, wurde ein ägyptischer Soldat thädtig angegriffen; darauf rückte sich ein aus mehreren Hunderten, darunter auch einige Soldaten, bestehender Wollshaus auf und in handelte die Truppe. Die Consulatsbehörden schritten ein, woran die Aufruhr nachließ. Der deutsche Consul v. Tresckow hat bei den Behörden Kairo eine Beschwerde eingereicht, da die bei dem Tumult gegen die deutschen Wachfiguren handelnd anwesende Polizei es unterlassen habe, rechtzeitig einzutreten.

— Den „Daily News“ zufolge sind in Damiette Unruhen zwischen mahomedanischen Soldaten und Christen ausgebrochen. Die Einwohner sind sehr besorgt; die Consuln halten täglich Versprechungen und Berichtsberichten über die Mittel zur Dämpfung des Aufstandes.

Washington, 21. Januar. (Tel.) Das Executive-Committee des nationalen Gesundheitsbureaus beantragt strenge Maßregeln gegen die Verbreitung der Pockenepidemie, worunter auch die Errichtung von Quarantäneanstalten. — Gerichtsweise verlaufen, Taft, der während der Präsidentschaft Grant's Generalanwalt war, sei für den Gesandtschaftsposten in Berlin in Aussicht genommen.

— Aus Panama wird (über Paris) die bei der Station Emperor unter Teilnahme der Behörden erfolgte Eröffnung der ersten Werkstatt für den Kanalbau gemeldet; die erste Locomotive ist auf der Werkstatt angekommen.

Statistik und Volkswirtschaft.

Verzeichnis

der demnächst im Königreiche Sachsen stattfindenden oder sächsische Interessen berührenden

Generalversammlungen

von Aktiengesellschaften und Genossenschaften:

31. Januar: Societätsbrauerei zu Dresden, ordentliche Dienstag Abend, 8 Uhr im Saale des Konservatoriums der Brauerel. Schillerstraße Nr. 32. Schätzbericht 22. Januar bei George Neuse u. Co. Berl.: Jordan.

Villen - Verkauf in Dresden.

Bergstraße eine Villa mit schattigem Garten, Bergstraße eine Villa für nur eine Familie, Chemnitzerstraße ein herrschaftliches Haus mit Garten, Hotelstraße ein Familienhaus mit Garten, Kaiserstraße ein herrschaftliches Gartenhaus, Liebigstraße eine sehr elegante Villa mit Garten, Leibnizstraße ein herrschaftliches Familienhaus, Meissner Straße eine der schönsten Villen dasselb, Scleritzschstraße eine schöne Befüllung für zwei Familien, Horizontstraße eine kleinere Villa für zwei Familien, Hochstraße ein freistehendes Haus mit altem Garten, Schillerstraße eine der schönsten Befüllungen dasselb, Thierschstraße ein herrschaftliches Familienhaus mit großem Garten.

Specialized bei

Ed. Mor. Kaiser,
in Dresden,
große Brüdergasse Nr. 18.

Bekanntmachung.

Die 2. Lotterie der 101. Königl. Sächs. Landes-Lotterie wird den 6. und 7. Februar 1882 gezogen.

Die Erinnerung der Lotterie ist nach § 5 der dem Blatt zu dieser Lotterie angefügten allgemeinen Bestimmungen spätestens vor Ablauf des 28. Januar 1882 bei dem Collector, dessen Name und Wohnort auf dem Lotterie aufgedruckt und aufgestempelt ist, zu bewirken.

Ein Landeslotterie, welcher sich an dieser Erinnerung verleiht, aber kein Lotterie nach dem vorgebrachten Collector vor Ablauf des 28. d. J. nicht erhalten kann, hat sich nach Maßgabe des angegebenen § 5, bei Verlust aller Ansprüche an das geprägte Lotterie, an die Königliche Lotterie-Direction noch vor Ablauf des 2. Februar 1882 zu wenden.

Da nach § 2 der allgemeinen Bestimmungen sämtliche Theilnehmer einer und derselben Nummer an ihrer Untertheilung mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F, G, H, I, K bedruckt sind, so hat jeder Spieler je Berneigung von Nachtheil daran zu ziehen, daß ihm bei Theilnehmen auch für die folgenden Lotterien die mit dem nämlichen Buchstaben der Vorlosung verliehene Nummer bekräftigt wird.

Der concessionsierten Collector sind zum Verlust von Lotterien der Königlich Sächsischen Landes-Lotterie befreit, und in jeder Lotterie gehalten, sich gegen alle Personen, denen er Lotterie abholt, auf Erboder durch Verleihung des ihm von der Lotterie-Direction aufgestellten Erkundigungsscheins zu legitimieren, auch die von ihm auszugebenden Lotterien auf deren Bedürfnisse reicht mit dem Addende eines Stempels, welcher seinen Namen und Wohnort angibt, zu versehen, indem der Wangel eines solchen Abdrucks die Ungültigkeit des Lotteries zur Folge hat.

Leipzig, den 19. Januar 1882.
Königliche Lotterie-Direction.

Lieferung von Brettersämlingen.

Die Lieferung von ca. 2100 ehem. Brettersämlingen zum Andelen der Lokomotiven soll vorgenommen werden. Die Lieferungsbedingungen sind bei der Magazin-Transportverwaltung in Chemnitz zu erledigen. Angebote sind mit der Aufschrift „Submission für Sämlinge“ bis zum 8. Februar d. J. Abends 6 Uhr an die unterzeichnete Königliche Generaldirektion einzurichten. Die Eröffnung der Angebote findet am 4. Februar früh 10 Uhr an Generaldirektionsschule statt. Die Rabatte sind bis zum 16. Februar d. J. an ihre Größe gebunden; wer bis dahin Mitteilungen nicht erhält, hat das Angebot als erledigt zu betrachten.

Dresden, am 14. Januar 1882.

Königliche Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen.

von Tschirschky. 85 G.

Futtergerste-Versteigerung

in Wallwitzhafen b. Dessau.

Freitag, den 27. Januar dieses Jahres Vormittags 11½ Uhr werde ich auf dem Lagerplatz der Herren Ziegler, Uhlmann & Co., Wallwitzhafen bei Dessau, für Rechnung wem es angeht

1000 Ectr. gute, gesunde, trockene Odessa-Futtergerste ex. Sr. Thiele meißtend gegen sofortige Baarzahlung verkaufen.

E. Kleinau, Gerichtsratator.

VI. Vortrag im Börsensaale zum Besten des Schriftenvereins

Dienstag den 24. Januar, Abends 18 Uhr, Herr Dr. v. Victor Schulze in Leipzig.

„Das unterirdische Rom“.

Billets, numerierte Blätter 1 Mt., nicht numerierte Blätter 75 Pf., Stellsätze 50 Pf. in der Rücklage des Schriftenvereins, Kämmstraße 22, und Abends ab der Kasse.

Original-Preise berechnet.

Rabatt auf nicht 25% gewährt.

Das Magazin „Zum Pfeil“ des Robert Galdecks, Kürschner, Schäffergasse, empfiehlt seine Herrenpelze in vergleichbarer Qualität zu den bekannten Bildern über jeden Preisen. Das Magazin arbeitet seine Pelzoberfläche größtmöglich nach an Ort und Stelle eingestellten Männer Modellen, die sich durch Eleganz des Schnittes aufzeichnen und allgemein zu gelingen. Nur gut passende Pelze werden abgesetzt. — Der Stadtteil ist nicht schwerer, als ein leichter Wintermantel. — Die Pelze und Schäffer werden gründlich mit gefüllt, völlig ausgewaschen Pelze verwenden und hat das Magazin großes Vergnügen in allen Beobachtungen, wie: Viper, Virginische Otter, Renz, Zobel, Kaninchenschädel u. s. — Die Unterlage besteht aus Steinwolle, Ziegelwolle, welche in verschiedenen Farben am Lager sind. Zapfenpuppen mit Kapuzen, Zierbänder, Käppchen mit Silberketten zu 100 Mt. Stellsätze mit diversen Farben und schwärzen oder grauen Seide sind vorrätig, entsprechend werden nach Maß gefertigt. Der im Kapuzin grässt zu lobende Weberei befindet sich bei Weitere.

Zum Pfeil

DRESDEN

Schössergasse

Wilhelm Otto Meyer, Bremen,

Coffee-Lager,

verarbeitet zollfrei und französischen Java-Coffee & c. 1.5

Guatemala

Campinas

Porto Rico

Ceylon . . . 1. 20 — 1. 40 .

Pelze

Sächsische Rentenversicherungs-Anstalt zu Dresden.

Im 41sten Sammeljahr 1881 hat eine Jahresgesellschaft den

1696 Personen mit 2888 Einlagen

mit 745.000 Goldmark im Gesamtbetrag von 224.500 M. und

2188 Goldsteinlagen 185.500

somit im Gesamtbetrag von 412.000 M.

Die Jahresgesellschaft 1881 ist infolge dieser überaus zahlreichen Verhältnisse, trotz der seit dem Zusammittreffen der neuen Statuten vom 22. Sept. 1876 von Jahr zu Jahr bereits fortgeschrittenen Jahren außerordentlich hohe Anzahl an der Bevölkerung wiederum die stärkste aller bestehenden, seit 1841 überhaupt gebildete Jahresgesellschaften.

Wie gegen auf diese erfreulichen für alle Beteiligten sehr günstigen Ergebnisse lässt das Directorium zu neuen regen Belebigung an der im Jahre 1882 zu bildenden Jahresgesellschaft ein und bemüht, daß die Sammelperiode für dieselbe mit dem 1. Februar d. J. beginnt und daß sie im Februar den nächsten Anlagen eine Bindungserklärung (Aufgabe) nicht zu zahlen ist.

Die Anlage von Beitragsförderungen, Auslastungserklärung und unentbehrlicher Berebereitung von Statuten, Erläuterungen u. a. zur Aufklärung über die Verhältnisse der Anstalt werden die Gesamtgesellschaft zu Dresden (Dressler's) und sämtlichen anderenorts bestehenden Gesellschaften empfohlen, wobei auf 1881 abzurunden Renten (welche 4,4% bis 8,7% des Einlagekapitals betragen) vom 1. Februar d. J. ab zur Abzahlung gelangen.

Dresden, den 2. Januar 1882.

Das Directorium der Sächsischen Rentenversicherungs-Anstalt zu Dresden.

Oscar Bauer, Geschäftsführer. (H. 2219)

Tageskalender.

Dienstag, d. 24. Januar 1882.

Königl. Hoftheater.

(3 Akte).

8. 1. W.: Senovoda. Oper in 4 Akten nach Tieck und Hobel. Musik von Robert Schumann. Anfang 7 Uhr. Ende

Mittwoch: 8. 1. W.: Julian, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von Robert Schumann. Ende nach 4.10 Uhr.

Mittwoch: 8. 1. W.: Julian, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von Robert Schumann. Ende nach 4.10 Uhr.

Donnerstag: Ein Lustspiel. Lustspiel in 4 Akten von R. Stegmann.

Donnerstag: Senovoda.

Königl. Hoftheater.

(4 Akte).

10. Vorstellung im 4. Theaterräume.

Freitags: Schauspiel in 5 Akten von Schreiber, deutsch bearbeitet von Dr. Schreyer.

Freitag: Schauspiel in 5 Akten von Schreyer.

Mittwoch: 8. 1. W.: Ritter, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von R. Stegmann.

Mittwoch: 8. 1. W.: Ritter, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von R. Stegmann.

Donnerstag: Ein Lustspiel. Lustspiel in 4 Akten von R. Stegmann.

Königl. Hoftheater.

(4 Akte).

10. Vorstellung im 4. Theaterräume.

Freitags: Schauspiel in 5 Akten von Schreyer.

Freitag: Schauspiel in 5 Akten von Schreyer.

Mittwoch: 8. 1. W.: Ritter, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von R. Stegmann.

Mittwoch: 8. 1. W.: Ritter, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von R. Stegmann.

Donnerstag: Ein Lustspiel. Lustspiel in 4 Akten von R. Stegmann.

Königl. Hoftheater.

(4 Akte).

10. Vorstellung im 4. Theaterräume.

Freitags: Schauspiel in 5 Akten von Schreyer.

Freitag: Schauspiel in 5 Akten von Schreyer.

Mittwoch: 8. 1. W.: Ritter, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von R. Stegmann.

Mittwoch: 8. 1. W.: Ritter, der Abenteurer. Erster Akt in 3 Akten von R. Stegmann.

Donnerstag: Ein Lustspiel. Lustspiel in 4 Akten von R. Stegmann.

Königl. Hoftheater.

(4 Akte).

10. Vorstellung im 4. Theaterräume.

Freitags: Schauspiel in 5 Akten von Schreyer.</p

Erste Beilage zu N° 19 des Dresdner Journals. Dienstag, den 24. Januar 1882.

Reichstagsverhandlungen

* Berlin, 21. Januar. (Post.) Die heutige (31.) Plenarsitzung des Reichstages, welcher am Bundesratsthron die Staatssekretäre v. Bötticher und Scholz, der Director im Reichsschatzamt Burckhard, der Kgl. preußische Finanzminister Bitter, sowie Commissare zum Bundesrat bewohnten, eröffnete der Präsident v. Beustow um 11 Uhr 20 Minuten.

Als Vorlage ist eingegangen der Bericht der Reichsschuldenkommission für 1881.

Das Haus sieht die zweite Bezeichnung der Vorlage, betreffend den Kostenbeitrag des Reiches zum Hamburger Hollandschluß, fort und nimmt zunächst die Diskussion des § 2, in welchem die Beitragssumme in maximo auf 40 Millionen Mark fixirt wird, wieder auf.

Wg. Schutte (Sekretorisch): Durch die gestrigen er-
schöpfenden Ausführungen seines Verteigers, des Wg.
Bamberger, obgleich ich ihnen in manchen Einzelheiten bestimmt,
die ich nicht beweisen werden, gingen die Vorlage zu finnen.
Das Gesamtbildes des Nachschlusses ist höchst wichtig auch für

Die Hamburger waren es angewöhnt, in großer Menge Gold für die Olivenhäuser, wodurch wichtig vom Standpunkte des Seehandels wie der Interessen des Reichs. Ich habe mir zunächst die Frage vorgelegt: Ist der Nachtrag die großen verlangten Opfer wert? Ich würde auf diese Frage mit einem entschiedenen „Nein“ antworten, wenn wir eine feste Entwicklung des Handels Hamburgs sehn würden, wie es das zum Jahre 1879 der Fall war. Durch den neuen Hollar ist die Lage aber eine ganz andere geworden. Auch würde ich die Frage mit „Nein“ beantworten, wenn ich die verlangten 40 Millionen für eine Subvention Hamburgs ansahen müßte. Dies ist aber nicht der Fall. Schon von Zeit, als die Anschlußfrage noch keine bestimmende war, sondern erst gestellt wurde, ist von allen Seiten zugestanden worden, daß das Reich einen Anteil beitreffen müsse. Gegenüber den großen Opfern Hamburgs ist dieser Beitrag ein sehr geringer. Ich betrachte denselben nur als einen Impuls für Hamburg, sich leichter in die Umgestaltung der Handelsverhältnisse zu füßen, die dem Handel Reichsdeutschlands zu Gute kommen. Es ist anzuerkennen, daß es ins Auge gesetzten Anlagen praktisch und finanziell kein werden kann der gegenwärtigen Annahmen des Abg. Bamberg. Ich will die Ungeheuerheit über des Reichs Hamburgs nicht länger fortbauen lassen. Der große Nachteil, welcher die Stadt durch die infolge jener Ungewissheit eingetretene Störung des Handels erträgt, ist unbeschreibbar. Und die Ungesiebtheit, die sich deshalb der Gemüthe demächtigt, ist auch nicht gering anzuschlagen. Ja, selbst drei noch größeren Mängeln als ich oben jetzt aufzefenne, würde ich für die Verlage stimmen. Wenn der Bamberger sagt, Hamburg habe sich in einer Streitfrage bei Abschluß des Vertrages befunden, so möchte ich doch zu erwägen geneigt, daß Niemand eine Besitzung gründet hat, es sei denn, der Befürworter noch manche Fehler.

denn der Solltarif, und wenn Dr. Bamberger seiner ferner liegt, in der Commission sei die Majorität für die Verträge schwer zu erreichen gewesen, so gehe ich da, ich habe den Konsens erhalten, als ob man überall erwarte, daß die brennende Anschlußfrage zu einem befriedigenden Ende gelange. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich nicht allein um das Interesse Hamburgs, nein, für mich trifft das Interesse Deutschlands weit in den Bodengrund. Seit Jahren fleben wir, unsern deutschen Handel zu leben, des Vertrags zu fördern; dies Ziel erreichen wir nicht, wenn wir dem Schiffsstaatstaat den wichtigsten deutschen Hafen entziehen. Im Interesse der schiffahrtlichen Entwicklung des Handels bitte ich Sie, lassen Sie endlich ein Dekretatum und bitten Sie mir die Verträge. (Bravo! rechts.)

Bundeskommissar, hamburgischer Sekretär der Deputations für indirekte Steuern und Abgaben, Rölöss: Als die wirtschaftlichen Vortheile, welche aus dem Bollanschluss Hamburgs zu erwarten seien, wurden früher folgende dargestellt: 1) daß Hamburg gezwungen werden sollte, statt ausländischer Ware inländische an das Festland zu verkaufen, 2) daß gewisse Industrien, die im Freihafengebiete zur Entwicklung eines deutschen Exportes bestehen, z. B. die Spritzenfabrik, lahm gelegt werden sollten, 3) endlich, daß die Lagerung ausländischer Waren zum Verkauf nach dem Innlande wesentlich geschränkt werden sollte. Diese Vortheile bietet die Regierung vorlage nicht. Die Reichsregierung hat sich nach eingehender Erörterung nach 6 monatiger technischer Erwägung aller Details davon überzeugt, daß die Freihafenstellung im Prinzip nicht eine Schädigung des deutschen Handels involviere, vielmehr als eine Nachwendigkeit und als ein nationales Bedürfnis anzusehen sei (Ausfuhrkosten doch!). Die Kommission hat sich voll und ganz auf diesen Standpunkt gestellt, und man hat sich allseitig von der Notwendigkeit dieser Art der Regelung überzeugt. Daraus ist auch eine innere Garantie für die Sicherheitlichkeit der neuen Verhältnisse gegeben. Des Weiteren hat man sich davon überzeugt, daß es dem Interesse Deutschlands nicht entspräche, daß der Hafenbahnhof in seinem bisherigen Umfang erweitert erhalten werde, und jetzt die Vertreter Hamburgs sind zu der Überzeugung gelangt, daß es nicht erforderlich sei, die Wohnstadt im Freihafengebiet zu belassen, daß es vielmehr genügt, wenn sie die Hafenanlagen, die Lager und die Einrichtungen der Fabrikbetrieb im Freihafengebiet befinden. Das kam also vereinigt, ein unerreichbares Gebiet für die Zwecke des Herrschers zu reservieren, aber den Abschluß der ganzen Wohnstadt, die Vereinigung der gesamten Bevölkerung Hamburgs für die reale Wirtschaft zu verhindern. Ich recapituliere diese Grundidee des Vertrages, weil man den Bollanschluss der Wohnstadt zu leicht außer Acht läßt. Die Ausführungen, daß der Abschluß der Wohnstadt nur der Wunsch einiger Industrialier ist, die öffentliche Meinung eben nichts davon wissen will, kommen mit den Thatlachen überirn. Die Frage, welche heute am Abschluß gebracht werden soll, war schon 1848, als der nationale Gedanke im Volle Raum gewesen, fast so brennend wie 1880, und wäre dann damals beinahe zu einer Lösung gekommen, welche den Interessen Hamburgs sehr wenig Rechnung trug. Es gelang damals nicht, die Reichsgesetzgebung einzuladen für Hamburg zu interessieren wie heute, und deshalb wäre ihnen damals der ganze Freihafenstall ein räuberisches Ende bereitet worden. Nach langem Gutachten sei dann die Frage seit Anfang der über Jahre zur Tagestrage gemacht, und alle Kreise der Öffentlichkeit haben gleichmäßig die Forderung nach einem Ausgleich der den berechtigten Wünschen Deutschlands und wirtschaftlichen Interessen Hamburgs entspreche leistet. Als im September 1880 eine Anzahl Hamburger auslieste sich mit der Bitte um Bollanschluss an den Reichstag und die Hamburger Welle dagegen protestierte und für die Erhaltung der Freihafenstellung eintrat, da war die gesamte Welle darin einstimmig, daß die guten Hamburger darüber sich nicht äußern möchten, daß die Sympathien der öffentlichen Meinung nur den augenscheinlichen Schwierigen, nicht der Frage im Prinzip gegolten. Diese Verfehlung hat die Reichsregierung abgestoßen, und

Hamburg hat sich die gefügt. Als ein meistens klassischer Bruder für die Bedeutung dieser Aussiedlung kann der Nationalsozialistischen Mächte angesehen werden, der ebenfalls eine Herabsetzung der sozialen und politischen Werte hält. Hieraus ist es eine nicht zufällige Darstellung der Sachlage, wenn man im Abschluß der Vereinbarung mit dem Ergebnis einer bestreiten Stadt vergleicht, welche des Grind vor den Thoren steht und läßt die Schädel austreten, als sich den Drangten der Erneuerung auszulegen. Die Vereinbarung ist vielleicht ein dekorativer Gegenpunkt, ein bedeutendes Anliegen auf die gegenständigen Interessen. (Dresden statt, Berlin redet). Die wirklichen Werte leisten für Hamburg ein, das es endlich zur Ruhe kommt und wieder eine feste Aussiedlung für seine Fortentwicklung erhält. Diese Wahrheit ist unverzichtlich für den Nutzen Deutschlands rechdetisch, wenn nicht vitale Interessen desgleichen geschädigt werden sollen. Die Gewissheit daß in Hamburg mehr als früher gewohnt. Der Verlust des Reichstheaters für das Reich läßt sich zwar nicht in Wahlen ausdrücken, aber doch ist ein guter Teil wertvollen Besitzes verlorengegangen. Das niedrige Gericht, die Versorgung und Ausbildung erfordert große Herrschaftskräfte, um höflich als

England führte zu Rümmen (Höder; Höder), ebenso bedarf der Export ähnlicher Wollwaren wie auch der Export von Steinzeug aus anderen deutschen Industriezenträgen. In größere Städte zur Versorgung des umliegenden Landes, welche dann auch den Export wesentlich nützen können. Säuber, so führt Neben weiter aus, bei übertrieben das Verhältnis von Exporteur und Fabrikant nicht das beste gewesen. Man habe immer nur gezeigtes Formwerte vernommen. Säuber sei man gewohnt gewesen, die Interessen der inländischen Industrie und des hamburgischen Exporthandels gewissermaßen als engvergängliche angesehen, was habe konträr, statt sich zu unterscheiden; wenn eine Order auf eine bestimmte Ware für einen bestimmten transatlantischen Platz gegeben worden, so sei der Exporteur der Rechte ausgegrenzt gewesen, daß der Fabrikant für eigene Rechnung dieselbe Ware ausschließende und dadurch den Markt überfülle. Was sei sich infolge der allmählichen Entwicklung der Verhältnisse ständig geändert. Der deutsche Weltkauf sei erst etwas 50 oder 60 Jahre alt; bis in das zweite Decennium dieses Jahrhunderts war der transatlantische Handel von den Kolonialmächten England, Holland und Spanien monopolisiert. Erst mit der Befreiung der Nordamerikanischen Colonien wurde ein neues Handelsgebiet erschlossen, auf welchem die Hansestadt Deutschlands einen Anteil am Weltkauf zu erobern vermochte. Die Handelsstädte nutzten aber selbstverständlich aus denjenigen Handelsstätten genommen werden, welche die transatlantischen Märkte seit lange beherrschten; Deutschland hatte abgesehen von der Hinterlandshandelszone noch keine exportfähige Industrie. So entstanden Beziehungen aller Art zwischen Hamburg und den englischen Habrikplätzen, persönlich und finanziell. Hamburgische Kapitalien wurden in großem Umfang im englischen Commissionshandel und in der englischen Habrikation plaziert, Beziehungen, welche zum Theil noch heute von Einfluß auf die Exportverhältnisse sind. Der inländischen Industrie fehlte während ihrer Entwicklung der Nachsatz aus persönlicher Verbindung mit den Vertriebenen der transatlantischen Plätze vertrauten Exporteurs; der Exporteur beschwerte sich über mangelhafte Ausübung seiner Aufträge durch die deutschen Fabrikanten, umgekehrt führte der inländische Fabrikant Klage über unbillige Herabredungen des Exporteurs. Infolge dieser Entwicklung seien manche Verhältnisse entstanden, welche als geund und wirtschaftsmäßig nicht angehen werden können. Als große Geschäftspunkte der Regierungsaufgabe ergeben sich demnach 1) dauernde Erhaltung des Freihandelns, 2) Erhaltung eines nationalen Wohlstands, 3) reelle Sicherung des deutschen Opposits, 4) innige Verkürzung des Exporthandels der Industrie. Die übrigen Vortheile seien diesen gegenüber unerheblich. Allerdings sei eine Trennung der wahren Stadt von der Geschäftsstadt nicht zu vermeiden gewesen, aber die genötigte Communication zwischen Komptoir und Lager werde vornehmlich doch erhalten werden, und die Hamburger würden kein Opfer bringen, um sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Er bitte dieses Verein zu Homburg zu lesen und verbinde damit den Andruck des Deutschen für das Wohlwollen, welches Hamburg von allen Seiten dieses hohen Hauses bei der Errichtung dieser Frage entgegengetragen werden sei und welches der Reichstag durch Schaffung dauernder Einrichtungen für Hamburg benötigen möge. (Dienstag nach 12)

... (vgl. vorher) (Contin.) Wenn früher habe ich gefragt, ob ich überzeugt, daß die Freihafenstellung der Hansestädte wieder für sie selbst noch für Deutschland von Interesse ist. Ich bin jetzt auch derselben Ansicht und werde für den Anschluß einzutreten. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß es die herrschende Meinung in ganz Deutschland ist, daß die freien Hansestädte hier zunächst Hamburg aus Polizeigebiet angegeschlossen werden. Diesem Verlangen muß man nachkommen, vorausgegen das Vaterland zu genügen, d. h. sein Interesse durch Bemittelung des Weltmarktes zu fördern. Ich glaube, die Vorbedingung ist erfüllt, resp. der gegenwärtigen Tatsicht des alten Handelsgen, der ja auch die Ausbedeutung gestrichen hat, daß man weder im Brüder, noch in Hamburg selbst einen Anschluß wissen will. Ich als Freihäbäder halte es für meine Pflicht, hier das Regiertheil zu dokumentieren. Ich hoffe, der Erfolg wird es zeigen, daß das ganze Hamburg und das Reich, Vortheil von der Sache haben wird. Was hat aus dem Vorlaute der §§ 28 und 34 die Folge gezeigt, daß die ganze Lösung der Hansestädte, resp. zunächst Hamburg nur eine verläßliche Seite hatte. Derer Ansicht muß ich an der Hand von geschichtlichen widerprüchen. Davon ist nie und nirgends gesprochen! Vielmehr wurde hier im Reichstag der Antrag ge stellt: Vorläufig sollten die Hansestädte aus dem Zollverbande ausgeschlossen bleiben und der Reichstag sollte beschließen, wenn er in den Zollverband einzutreten sollen. Dieser Antrag wurde ausdrücklich abgelehnt. Dass wir in den Zollverband eingetreten sind, so wird sich die Sache zunächst für uns ganz gut stellen. Ich darf darauf hingewiezen, daß Exportlager gehabt werden, sobald der Aufschwung des Handels ein gewöltiger sein würde. Wenn ich, wie schon gelagt, den Anschluß für Hamburg auch vortheilhaft halte, so vertrete ich mir doch nicht so viel davon, wie der Herr Vertreter für Hamburg. Die jetzige Richtung des Handels geht dahin, den Eisenbahnhandel zu befestigen, weiterhin wird dieses Sterben durch die Eisenbahnen und Telegraphen. Alles geht dahin, möglichst schnell und möglichst billig zu kaufen und zu verkaufen. Exportlager erschweren, schmähen und verhindern den Handel. Ich meine alle die Richtsche des Herrn Vertreters von Hamburg in diesem Punkte. Für den Import halte ich die Freihafenstellung sogar noch mehr vortheilhaft, insbesondere, um ... (vgl. vorher)

notwendig, notwendig im Interesse der deutschen Commerzien. Das Ganze aber wird den Ansicht auch für das amme Reich von Sogen sein, nemlich werden sich trotz gegenseitigen Ansicht des Gen. Bamberg die angrenzenden Länder, Westfalen, Hessen und Hannover ändern und Handel nicht erleichtert werden. Die Verhältnisse, die Sicherheit und Würde für die Bevölkerungen läßt werden, kann nichttheilen. Die Bevölkerungen werden sicher constant zu Werke treten, wenn sie ihr überzeugt haben werden, daß die Sicherheit und Souveränität gesichert wird. Dr. Bamberg hat eigentlich gezeigt, es sei in der Commission von Bremen zu sagen die Seite gewesen. Ich bin damals abweichend gewesen; die zuerst werden dies natürlich finden, ich führe das Schen zu verhindern, als wollte ich pro domo sprechen. Der Minister hat mich doch gefragt, ob Wane nicht eher mit Bremen verhandelt habe, als bis die Anliegenheiten mit Hamburg vereinbart waren. Die Herren (redet) halten zwar nicht viel vom Handelsverein. Wenn ich so das Material hätte, d. h. wenn mir so viele Zeichnungen vorliegen wäße wie Dr. Bamberg, so würde ich ihnen dieses durch Gitate beweisen. Dr. Bamberg möchte ich nach Vertreibung der neuen Einrichtung gern einladen, mit mir einen Spaziergang durch Hamburg zu machen, um ihm von der Grundidee seiner Verhältnisse zu überzeugen. Wenn man an der Größe der nämlichen Autonomie nimmt, so bedenkt man doch, daß sie durch großen Vorteile mehr als aufgewogen werden. Auch das holländisch zwischen den Kolonienstaaten seien Hamburg und den Reichsstaat habe ich für angemessen. Der Außen ist für Hamburg größer, es ist also auch natürlich, daß seine Rechte größer sein müssen. Im Ganzen halte ich das Project vollkommen, wenigstens für so vollkommen, als wir es annehmen können. (Bellotti)

Abg. v. Bartholf: M. Q. ich werde Ihre Nachfrage nur einige Minuten in Anspruch nehmen. Ich hätte nicht die Absicht, überhaupt in der Hamburger Frage zu sprechen und auch nicht gegen noch den Reste des Abg. Bambergers nicht, die ich nicht so vollständig hören konnte, wie ich gewünscht, weil während desselben mehrfach heraus gerufen wurde; aber ich zu weiterer Erörterung bei meinem Geschäftsführer die schriftlichen Wörter zu lesen gehe, so habe ich mich denjenigen müssen, doch ich durch die plätzlichen oratorischen Angriffe des Abg. Bambergers vollständig vernichtet bin. Einzig, was mich dabei trifft ist der Haftstrafe, doch ich denken habe solchen miserabiles socios habuisse maxime. Vernichtet ist auch der Dr. Reichenbanger nach den schriftlichen Wörtern, vernichtet sind die Hamburger, die anstreben wollen, vernichtet had vor ihm die Judefreunde, die thöricht sind, irgend etwas vom Hollandschlösse zu erzählen, und ganz und gar vernichtet ist die Kommission. M. a dem drastischen Beschluss von Wigen, welches er vor mir aufzutragen ließen, da ist die Kommission meine Meinung am allerhöchstens negativen. Die Commissionsmitglieder haben sich alle auf die Seite der Hamburger gestellt.

von sehr zweifelhaftem moralischen Werthe sein, nur auf den französischen Wegen der Diplomatie wandler, oder sie stehen unter einem erbarmungsgebärdigen Drude: Ich muss gestehen, daß in dieser Beziehung die Freiheit geradezu ein Meisterstück war und ein Meister; denn das habe ich zweckmäßig noch nie gehabt, daß ein Vorsitzender einer Commission seine eigene Commission so schlägt behandelt hat, wie gestern Abg. Bamberger. (Sehr richtig! richtig!) Nun möchte ich dem Abg. Bamberger eines doch sagen: meine Faune hat durch diese Ausführungen der berühmtesten Blätter von noch durch keine gefährliche Freiheit gar nicht gefährdet. Ich will ihm, offen gesagt, noch etwas Belegenheit geben zu noch viel glänzenderen strategischen Leistungen gegen mich, weil ich ja noch recht gut weiß, daß ich mich mit ihm nicht messen kann, jedes Mal, nachdem er eine Schlacht verloren hat und wir eine Schlacht gewonnen haben. W. v., wenn es post festum solche strategische Erfolge kommen, so machen sie auf mich wirklich keinen Eindruck. Der General, der eine Schlacht verloren hat, beweist auch, daß er nach allen Gründen der Taktik und Strategie nach dem gesunkenen Menschenverstande die Schlacht hätte gewinnen müssen, wenn nicht elementare Fehler eingesetzt wären, die ganz unbedenkbar waren. W. v., das macht aber nicht viel Eindruck, schließlich bleibt doch das Resultat, er hat die Schlacht verloren. Und, W. v., es ging in der That, wie ich mir schon gestern angewiesen erlaubte, ein Toniller Reichshofle durch die ganze Siede des Abg. Bambergers, „oh wie weit, oh wie weit, ist die kleine, kleine Zeit“, wo noch der Bundesstaat an die Infanteriebasis des Abg. Bambergers glänzte! (Heiterkeit). Aber, W. v., das hat eingemessen getrieben. In der Sache selbst, da will ich ganz offen gestehen, daß ich nicht ganz vollständig bestreitigt das von Den, was erreicht worden. Sie werden mir gewiß vorwerfen, daß ich pro domo esse, aber ich lasse mir nicht helfen. Ich behaupte, daß die Interessen der deutschen Bundesrepublik allerdings in dem Vertrag durch die Vergleichung, welche die Hamburger Spannungsstruktur erzeugt hat, nicht so gewahrt werden sind, wie ich sie gewahrt zu haben gewünscht hätte. Ich kann es nicht zugeben, daß es durchaus notwendig ist, daß in Hamburg eine Sonderindustrie entsteht, die mit russischer Spirit arbeitet, und Alles, was ich früher in dieser Beziehung gesagt habe, mag ich auch heute noch aufrecht erhalten; aber ich muß mir doch sagen, daß eben nicht mehr so erreichen war, und daß ich meines Theils überzeugt bin, daß gerade in dieser Beziehung der Dr. Heidschongler gewiß geirklärt hätte, mehr zu erlangen, wenn es zu haben gewesen wäre. Da wir aber auf den Vertrag mit der Stadt Hamburg angewiesen sind, so muß ich das nehmen, was schließlich aus dem Vertrag herauskommt, wenn es überhaupt besteht, und meine Herren, das das vorhanden ist, davon haben Sie die sehr lachlichen Ausführungen, die vom Bundesstaatsrecht hervormachen sind, überzeugen müssen, einen Jeden wenigstens, der sich von vorherher mit vorwiegendem Interesse Stimmung an die Frage heranträgt. Wenn der Abg. Bamberger sagt, daß wäre eine ganze Kleinigkeit, so daß das ganze Stadtgebiet, die wenigen Menschen in den Hollverein eingeschlossen wären, das wäre für die deutsche Produktion gar nicht zu rechnen. . . . ja, meine Herren, ich will jetzt wirtschaftlich nicht darüber mit Ihnen reden, wie weit das zu rechnen ist oder nicht. Ich schlage vielleicht den wirtschaftlichen Rufus höher an wie er, aber dann wird er mir zugestehen müssen, daß es ein nationaler Stolz ist, wenn diese Verdichtung sich durch und durch als im Hollverein und in ganz Deutschland eingeschlossen führen kann, ob es ein nationaler Gewinn, den ich sage ich weit höher an den wirtschaftlichen, und in diesem Sinne stimme ich der Vorlage, obwohl sie nicht ganz nach meinem Sinn ist, und ich hoffe Sie, alle Mitglieder, zu Ihren

Abg. v. Klett-Rehov: Die von Abg. Bamberger geachten Prophezeiungen sind doch rechtlich freihändlerischen Interessen aus gemacht und von ebenso wenig Bedeutung, als die anderen von der lieben Seite gemachten Vorweglagerungen, die man ruhig die Folgen der Vorlage abnehmen, ich erachte das Recht von Ihnen. Wenn sich der hr. Abgeordnete bis jetzt als nationalliberaler bezeichnete, so kann er nach seinen strittigen Neuerungen das „national“ ruhig aufstreichen. Gegen den hr. Bamberger würde als Freihändler doch für die Vorlage kein Fernhandel bedeutet doch nicht Niederes als eine möglichst Erleichterung des Verkehrs und gerade diese will die Vorschrift regeln des Anschlusses bewirken. Der natürliche Verkehr Hamburgs, der durch diesen bisherige Stellung gehindert war, wird hergestellt, wenn man die Hansestadt an den Söllnerhafen schlägt, ebenso wird der Veredelungsbereich mit dem Ausland gewonnen. Die enigen Beziehungen zwischen Norddeutschland und Belgien-Denmark werden gestärkt und die Vermittlung Englands überflüssig gemacht. Die Stellung des Freihandelns ist Hamburg ja nicht besto weniger gewahrt, die Exporte werden durch die diesbezüglichen Bestimmungen gerade möglichst nah an die Stadt herangeführt. Der Handel mit Südmittelstaaten mit dem Innlande ist doch auch nicht zu verhindern, aber nur durch den Söllnerhafen zu bewirken. Die als Freihandelsgesetz für Hamburg angesehenen, würde entweder mehr kosten, als die Anlage des von Abg. Bamberger sturz angegriffenen Kanals. Die Opfer sind weder für Hamburg noch für das Reich zu hoch gegenüber den zahlreichen Vortheilen. Die Hamburger würden sich hüten, kleinen ins Wasser zu werfen. Sie erwarten vor ihrem Schluß bedeutende pecuniäre Vortheile, sonst hätten sie ihre Abstimmung nicht gehabt. Die Kosten werden durch die von Belgien-Holland eingehenden Gelder bald gedeckt sein. (Brifall 18.)

festigung eines abdeponen werden, so ist dies doch ein lokales Interesse, weiches für das Haus nicht maßgebend kann. Auch der Abg. Weier hat noch meiner Meinung nach einer zweiten belagerten Stadt gesprochen und sicher scheint er mir nicht recht competenter zu sein, die Auswirkungsbedingungen für Hamburg unparteiisch zu prüfen, als der Abg. Kämmerer nur theoretische Gründe entwickelt in soll, so wäre es ja um so leichter gewesen, ihn zu widerlegen. Was ich aus den Erörterungen der beiden gegnerischen Herausgeholten habe, ist weiter nichts, als die Haftverordnung auf die Hamburger Seewarte zu konzentrieren und die Rüstung dort zu bewundern. Die ganze Angelegenheit ist wesentlich dazu eitelzuge, deren Erfolg unbestreitbar ist. Die Summe ist ja nicht auf die jetzige Hochseefahrt, sondern wird sich durch kleinere Auswirkungen bedeutend erhöhen. Wenn diese Summe nicht viel befreit finanzielle Ressourcen und Secondarybaus verhindert werden, wäre ein wohltätig nationales Interesse! Wenn man das System so verabschafft, warum hat man es dann vor den Jahren eingeführt? Wirtschaftliche Gebiete werden meiner Meinung gar nicht durch Landsgrenzen getrennt, sondern hängen oft nicht über diese Grenzen hinweg zusammen, sondern eine bloße Erweiterung des Sollgebiets soll vorkommen werden, sondern eine finanzielle Umgestaltung ganz anders. Wenn logar die Händler das saggen können, so ist klar, daß nicht theoretische Gründe dafür vorliegen, sondern praktische. Die Auswirkungen der Summen seines Hause sind nicht nur diese Stadt selbst, sondern alle mit ihr verbundene Umland Gebiete schädigen, so wird die Wirtschaft eine erhebende Kraft auf den gesamten Quadrat haben, meine Herren, der 40 Millionen empfängt, verzehlt nicht so früh, wie der Vertreter aus Hamburg, den wir gehört haben. Ja, die Herren v. Welt, Windthorst und jener Herr (Heisterkamp), die Auswirkungen des am Bestenreden habe ich auf meinem Blod nicht beschrieben. Ich möchte nur noch einen kleinen Punkt hinzufügen.

für das Haus von Borthell sein, wenn sie nicht Vertreter herbeihaben, deren Organ für diesen Staat nicht ausreichend. Jetzt kann man erscheinen, was der Vertreter gewollt, und argues daß dann, daß man nicht davon geantwortet habe. Was ich von seiner Rede in Bezug auf die Borthelle für einzelne Handelsarten gehört habe, scheint mir nicht mit den Gesetzesabenden, die in der That sehr geringe sind, zusammenzuhängen, sondern mit den Schwierigkeiten des Transports; dies gilt natürlich für den Artikel „Steingut.“ Die Neuerungen vom Regierungsbüro sind viel weniger tiefsinnig gewesen, als die Regierungsherausforderungen in der Commission. Gegenwärtigheit, wie solche immer besetzt wird, ist keineswegs vorherrschend, daß das und im vorigen Jahre noch der Besitzmann geplagt, der von freier Einschaffung nichts wissen wollte, sondern von Furcht vor weiteren Geldstrafen versch. Im Ganzen scheint mir hier eine „Panzerfrage“ vorzuliegen. Nicht die Nation will etwas, sondern der Konsul. (Widerippen rechts.) Ich bin überzeugt, daß, wenn der Konsul jetzt abtritt, so würde sein Nachfolger diesen Betrag ganz anders bearbeiten, wie er es thun würde, wenn es noch möglich wäre, die Währung rückgängig zu machen oder ihre schiefen Folgen möglichst abschwächen zu lassen. Wenn ein Diplomat die Geschichter unserer Lage schreiben und von der Macht des Kanzlers sprechen wird, so wird er als besonderes Beispiel für letztere diese Vorlage anführen, für welche es ihm gelang, eine Majorität zu gewinnen. Wie der Kdg. Windthorst meint, soll es Staatsmännisch sein, der Vorlage zuzustimmen. Ich kann nicht Staatsmännisch darin finden, wenn man einem Freizeit aus Roth und Furcht vor anderen Freuden aufzumachen. Das Urtheil des genannten Abgeordneten beruht nach meiner Meinung vielleicht auf den gegenwärtigen Aufbausätzen, nämlich darauf, daß er sagte: „Dinge machen gilt nicht!“ (Heiterkeit.) In der That wird durch die Vorlage nicht nur für die Industrie gefehlt, sondern ernste Interessen und infolfern steht sie im Zusammenhang mit anderen wirtschaftlichen Maßregeln, die das Thiere zu der Beurteilung beitragen. Wer hat gerade seiner Zeit auf vielen Seiten der Erhöhung der Lebensmittel zugestimmt, lediglich um der Tabakindustrie Ruhe zu lassen. Was ist aber geschehen? Das Seppeln des Tabakmonopols ist und dadurch viel näher gerückt, und eine Beurteilung ist entstanden. Durch die Thatat der Abschlusse wird die Industrie mehr benachtheilt, als durch die bloße Furcht davor. Es scheint geradezu, als wolle man eine Brücke auf die größte Beurteilung legen. Wer wird denn von Denen, die heute hier zusammensitzen, noch gegen das Tabakmonopol eingenommen? Nun ergiebt sich dem Konsul auf Gnade oder Ungnade, jede Verständigungsfähigkeit des Parlaments wird gebrochen. Dieses System ist ein verfehltes. Ich werde deshalb gegen die Vorlage stimmen, um die Omaispolizie des Kanzlers zu erläutern. (Heißt laut.)

Bundesbevollmächtigter Bismarck, preußischer Finanzminister. Vitter: Eleganter der Ausföllung des Deutschen Reichs! die Vorlage sei eine Zwangsvorlage, herauvergangen aus dem Eigentum des Reichsfängers, betone ich auf das bestimmteste, daß zur Zweckbeschaffung und Rücksichtnahmen veranlaßt haben. Den Herrn Reichsfänger und die verbündeten Regierungen verwege ich gegen Unterstellungen, wie ich sie jenes gehabt hätte, bin ich nicht Mitglied der Kommission gewesen, doch habe ich allen Beratungen derselben von Anfang bis zu Ende beigewohnt und lasse dem Herrn Kommerzienrat auf die Bestätigung, er habe in der Commission den schädigenen Ernst vermischt, nur erwidern, daß die Commission, soviel es geschehen, mit großer Ernst, großer Thätigkeit und eifrem Eingehen die vorliegenden Fragen geprägt hat. Wenn also in dieser ebenso schönen und schwungvollen wie langen Rede der Commission vorwirkt, so habe nicht gefeiert, was man von ihr erwartet hätte, so kann ich versichern, ich habe ein Blatt bekommen, als ob die Commission alles geleistet hätte, was sie billigerweise tun könne. (Bravo! rechts.) Für die wirtschaftliche Frage vermischt Dr. Bamberger in ihren Schlüssen eine genügende Motivierung, und doch hat sie sehr politische, sachgemäße und durchdringende Motivierungen überzeugt. Man solle doch aus diesen die Überzeugung gewinnen, daß die neue Bahn Hamburg eine Verbedeitung der Industriekonzession Hamburg und Deutschlands noch sich erhebe werde. Durch die schöne Rede des Herrn Bamberger ist gehört, ging ein elegischer Zug, und ich befand wiederholt in Hamburg, als wollte der Herr sagen: Ich, wenn es doch mir so bliebe — d. h. in Hamburg! (Hinterher.) Wenn Bamberger es bekräftigt hat, daß die öffentliche Meinung einen Anschluß Hamburg an Holland geplant sei, so lasse ich es dahin gestellt, betone aber, daß die öffentliche Meinung die Vorlage gar keinen Einfluß gehabt hat, sondern daß es wiederholte es, nur von der Rücksicht und Zweckmäßigkeit dieses werden ist. Ferner hat Dr. Bamberger gestern seine Kritik an den Bauprojekten, namentlich an dem großen Canal geäußert; er hat und sagt mit den Wörtern glänzen, dass Abbera meint er doch wohl mit der Stadt des südlichen Altersiums, deren Bewohner nicht gerade in dem großer Künftigkeit hunden. Ich bin ganz entgegengesetzter Meinung, ich glaube vielmehr, daß später wirtschaftlicher, wenn den Hamburger Canal lebt, denselben als eine gewaltige zweckmäßige Erleichterung unserer Zeit erkennen werden. Ich sage Ihnen an der Hand von Zahlen die Rentabilität der neuen Bahn zu beweisen, unterstelle es aber, daß alle vorgebrachten Behauptungen von der linken Seite doch angezeigte werden würden. Ich will nur darauf hinweisen, daß ohne die Bauten alle Jahre 800 000 Kr. an Kosten geprägt werden müßten. Das ist doch eine bedeutende Kapitalsumme. Nicht unterschlagen in früher, daß die neuen Verhältnisse den deutschnen Schmuggel nicht haben, sondern erschweren würden. Der Anschluß Hamburg liegt im Interesse aller Bundesstaaten, namentlich Preußens. Die große Erleichterung, der Verkehr nach der See hin erspart würde, hat Adg. Abbera gehört sehr treffend nachgewiesen. Dr. Bamberger und gestern erachtet, was einige Industrielle aus Westfalen den Rheinlanden Hamburg entzieht hätten, vielleicht scheint Dr. Bamberger entzweit zu haben, nämlich Bläserwerken, welche, trotzdem der Kosten bei der Zollabschaffung in Tausend eine Ordnung der Hamburger Verhältnisse einführen, wird von allen Seiten des Hauses zugestanden; nur ist durch die Vorlage lassen sie sich aber auf keine Art ordnen. Schauen Sie also die Regierungsteile an, wird sich dann daß zeigen, daß Sie den Sachverstand eines

der Dienst geleistet haben. (Wiederholer Beifall rechts.)
Abg. Winckelhorst: Wenn gegen die Vorlage nichts Ein-
gelegt werden könnte, als der Abg. Richter gefragt, je-
nerzeitig wenig geübt werden. Es ist hier zunächst die Frage,
ob die Erörterungen der §§ 20 und 24 zur Ausbildung beweisen
sollen oder nicht. Wenn nicht durch allerlei fiktive
man es dahin gebracht hätte, den Schulen zu verbie-
gen die Maßnahmestellung vorzuhängen. Aber sei, so hätte
öffentliche Meinung ein solches Interesse am § 20 der Ver-
ordnung nicht genommen. Heute aber habe der Senator Han-
schaft zugestanden, daß die Meinung der kompetentesten
Stelle, aus der Wissenschaft, daß ungünstig Hamburg sich ge-
stalte Hamburg und Berlin freudig ihren Beitritt an-
streben hätten; insgesamt ja die Entwicklung, anders ge-
sehen, Thatliches seien bewußt getreut; Hamburg habe
Kunst gefehlt, und der hamburgische Künstler werde
mit einer entsprechenden Ausbildung wohl sich seiner
Unvermöglichkeit bewußt gewesen sein. Wenn nun die Ham-
burg auch 40 Millionen bekommen, so hätten sie doch noch pro
Millionen sehr aufzubringen. Wenn dies den Ham-
burg nicht recht zu viel erscheine, so dürfen sie sich doch den
besten Rügen so vollständiger Ausbildungen reichlich über-
lassen. Das beweisen dann auch die Verhandlungen in
Hamburger Bürgerschaft, die der Vorredner auch als unter
Beweise stehend da gestellt habe. Wollte man die jetzt
Ausarbeitung des Vertrages vorzuschlagen, so würde Reit-
er das (Neben) bei es auch nicht ohne Bedeutung,
um ähnlich anderer Territorien auch nicht unbedeutende
Ausgaben hätten gemacht werden müssen, so leiserweise beim
Abg. von Frankfurt a. M. und Hannover. Er könne also
nicht empfehlen, der in der Wissenschaft berufe, wenn
möglichstweise das Dreieck aufzustellen müsse. Je-
doch es mit dem Aufstellen Hamburg und bürgerlich mit
dem deutschen Reich einheitlich meine. Wenn nicht zumin-
dest den § 20 zu plausim Mas an der Grundlinie nach-

Hamburg als eines deutschen Staates, als geradezu aus parnasianischen Blütlchen aus dem Vorrat seiner eigenen Gründ zu hören, hörte und das Gegenteil! Nach dem Bericht wurde die fünfjährige Freibefreiung viel besser festgelegt, als bisher im § 22 der Verfassung, da der Bericht schließlich unter den Satz dieser Verfassungsschämmung gestellt ist. Beängstigend ist die letzte Erklärung des Ministers wäre er allerdings noch wahrscheinlicher zu erkennen, ob der Reichstagler damit einverstanden sei. Im Interesse Hamburgs und zur Abwehr der Amerikaner gäbe er eine so unerhörliche Stütze Geld her und viele alten Kollegen das schleiche (Vorfall im Centrum.)

Bundesrepublikaner König preußischer Finanzminister Bitter kann auf die leise Aufmunterung nur eilen, daß der Reichstagler noch heute auf dem Standpunkt des Briefes an den kanadischen Gesandten Dr. Kruger sitzt, und daß dieser Brief mit laissem Ernstschlag gezeichnet sei. Der Bundesrat habe sich allerdings noch nicht mit der Frage beschäftigt.

Eine Schlussantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Bamberger wird seitens der Rechten mit großer Würde empfangen, der Abg. auch ein Teil des Centrums anhält, ist politisch davon beruhigt, daß man ihm die Vertheidigung gegen liberale Agitator nicht erlaubt habe und wendet sich dann an den Vorredner aus dem Hause, dessen gesellschaftliche Betreuung der Anwesenheit von den Flügeln Hamburgs und von der Sitzung einer Anklage vor dem Reichstag hätten verhindern lassen, die den Centrumsflügel sonst wünschte. Das er mit dem letzten Argument die Segen des Vorlasses zu sich herüber zu ziehen gehabt habe, sei nicht als eigenartig. Der Vorwurf eines Volksvertrags, weil Redner mit um so größerer Berechtigung parat, als die Regierungslinie heute innerhalb des Abg. Körber noch dienten habe. Der Abg. Meyer (Freien) werde ihm in dieser Frage Indifferenzfeststellt. Der Herren v. Körber und v. Staudt hätten ihm die Form seines Vorlasses zum Vorwurf gemacht; daß er nicht bloß schlecht Worte mache, deute ich die freundliche Aufnahme seiner Reden. Eine Würdigung von Witz und Welschheit sei der eigentliche Humor, der Lebenskunst. (Große Heiterkeit.) Gleichzeitig sei der schwere Augen die prahlende Formulierung, daß er sich gegen die Kommission illegal verhalten habe. Das sage Dr. v. Körber und berufe ihn dafür auf den Abg. Körber, der in der Commission gar nicht ist, gar nicht hörte kommen. Ich habe nicht gehört, die Kommission habe sehr diplomatisch gehandelt und unter einem schweren Druck gehandelt; ich habe mir angehört, daß er trotz verbrecherischer Bemühungen, trotz angesetzter Täglichkeit höchst wenig habe leisten können. (Redner verzichtete das Stenogramm seiner gebrüderlichen Rede.) Hier nach werde ich wohl von den beiden conservativen Rednern die Anerkennung der Thatsachen erwarten können. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Minnigerode weiß den Vorwurf zurück, daß habe die Macht des Vorredners nicht zum Vorwurf kommen lassen wollen; der Vorredner habe gestern 1½ Stunde gesprochen und heute innerhalb zweier Minuten zum zweiten Mal das Wort erlangt. Zur Sache habe allerdings der Abg. Bamberger als Vorsitzender der Kommission eine prinzipielle nötige Kritik an der Täglichkeit der Kommission gehabt, u. a. die Verhandlungszug der Wernerfrage gestattet. Das habe besonders ich (Körber) unangenehm berügt. (Gelächter rechts.)

Darauf wird die Debatte geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Windthorst: Wir ist berichtet worden, daß der Abg. Dr. Bamberger mit Wangel am Vogel vorgeworfen hat. Ich werde später darauf antworten, wenn ich den Zusammenhang kennen gelernt habe.

Abg. Dr. Bamberger beschreibt sich über dieses „Wangel an Kämerlichkeit“ seitens des Vorredners.

Abg. Dr. Windthorst: Nicht Wangel an Kämerlichkeit, sondern ein dringendes Geschäft war es, was mich veranlaßte, den Saal zu verlassen. (Südmärkische Heiterkeit.)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen des Abg. v. Körber, Richter und noch dem Schlusssatz des Rechternen, Abg. Staudt, erfolgt die namentliche Abstimmung über § 2.

Das Resultat ergiebt die Annahme mit 171 gegen 102 Stimmen. Für den § 2 stimmen die beiden conservativen Parteien, das Centrum, die Nationalliberalen und einige Hochadel und Sozialisten; mit Rein das Gros der leichten beiden Fraktionen, die Elsässer, Weißen, Volkspartei, Sozialdemokraten und die Centrumsmitglieder Birkenmayer, Eichberg v. Neipperg, Pfaffendorf, Sonnenburg, v. Sigmund, v. Dr. Westermayer; ferner die Abg. v. Bodam-Tölz und v. Bühlert. Es erhalten sich 9 Mitglieder, darunter die anwesenden Polen, sowie der Centrumsmitglied, abg. Horn.

§ 3 der Vorlage lautet:

Der Reichstagler ist befugt, die Mittel zur Deckung dieser Summe im Wege des Credits freizulegen und zu dem Zweck in demjenigen Kontrollbericht, welcher zur Bekämpfung des bezeichneten Betrages erforderlich sein wird, eine verlässliche, nach den Bestimmungen des § 1465 vom 19. Juni 1865 (Bundesrechtblatt Seite 109) zu verwaltende Kasse einzurichten und Schatzmeistereien einzurichten.

Dazu beantragt Abg. Richter (Hagen):

Die zur Ausführung des Beiges erforderlichen Mittel sind jährlich auf den Reichstagshof zu bringen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte, obwohl Finanzminister Bitter ihn für überflüssig erklärt, angenommen, dagegen § 3 und endlich § 4.

Die eingegangenen Petitionen werden als durch die Beschlüsse des Hauses erledigt erachtet.

Bezüglich der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution, betreffend die zollamtliche Behandlung des Schiffswerts zwischen Hamburg und der See, wünschen die Abg. Frhr. v. Minnigerode und Dr. Windthorst sofortige Erledigung, welche Wunsche das Haus entspricht. Die Resolution, deren Wortlaut wir hier nochmal mittheilen:

Die Erwartung ausdrückt, daß – in Gemäßheit des zwischen dem Kaiserstaat und dem Reichstag vereinbarten Vertrages – die Behandlung des Schiffswerts zwischen Hamburg und der See, wünschen die Abg. Frhr. v. Minnigerode und Dr. Windthorst sofortige Erledigung, welche Wunsche das Haus entspricht. Die Resolution, deren Wortlaut wir hier nochmal mittheilen:

Die Erwartung ausdrückt, daß – in Gemäßheit des zwischen dem Kaiserstaat und dem Reichstag vereinbarten Vertrages – die Behandlung des Schiffswerts zwischen Hamburg und der See, wünschen die Abg. Frhr. v. Minnigerode und Dr. Windthorst sofortige Erledigung, welche Wunsche das Haus entspricht.

Darauf wird der Consularvertrag mit Griechenland in dritter Beratung nach kurzer Debatte unverändert genehmigt.

Ein Antrag auf Beratung wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der zu Bern am 3. November v. J. unterzeichneten internationalen Rechtsaustauschung.

Abg. Thilenius als Referent der Petitionscommission stellt mit, daß inzwischen wieder eine Anzahl Petitionen eingegangen sind, die sich für eine baldige Regelung des internen Rechtsvertrags einsetzen. Er sowohl wie der

Abg. Schulz-Dölling machen auf die Gefahr einer weiteren Verhandlung höherer Instanz Beobacht aufmerksam, wenn nicht schlimmster der interne Rechtsvertrag den erheblichen Vo-

rtretungen unterworfen werde. Beide empfehlen daher den hierauf bezüglichen, bereits in zweiter Lesung angenommenen Antrag der Petitionscommission.

Ohne Debatte wird hierauf die Convention und die Beschlüsse der Petitionscommission ebenso wie in zweiter Lesung genehmigt.

Schluss Abg. Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Dritte Lesung der Verfassung, dritte Lesung der Hamburger Vorlage, Petitionen, Wahlprüfungen.

Berichtigung. Der Reichstagsschreiber Hr. Dr. Nagel (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und Gew. betreffend die Einschätzung der Arbeitszeit, auf der Ladeordnung basiert) enthält. Dr. Nagel schreibt: „Der Vorleser (Freiberg) richtet an und des Eintritts, einige Zusätze seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 19. Januar zu berichtigung, welche der vom „Dresden Journal“ in der Vorlage zu Nr. 17 aus der „Post“ reproduzierte Bericht über diese Reichstagssitzung (in welcher die erste Beratung des Antrags Zahl und

Zweite Beilage zu Nr. 19 des **Dresdner Journals** Dienstag, den 24. Januar 1882.
Dresdner Börse. 22. I. 1882.

Dresdner Börse, 22. Januar 1882.	
Gießereien u. Hütten.	
Deutsche Metallwerke %	
A 5000, 2000, 1000 M.R. 4	101,80 D.
B. & A 500 v. 200 M.R. 4	101 G.
A. & B. Stahlgiesserei:	
St. Metz & 5000 M.R. 2	79,90 D.
Id. A 5000 M.R. 3	79,90 b.u.G.
Id. A 1000 M.R. 2	79,90 D.
Id. A 500 M.R. 3	80,50 D.
Id. A 300 M.R. 3	—
B.15000-16000,500,1000 M.R. 2	98 G.
B. 1855 & 100 Thlr. 2	88,50 G.
B. 1847 & 500 Thlr. 4	100,80 G.
B. 1852-55 & 500 Thlr. 4	101 b.u.G.
B. 1852-55 & 100 Thlr. 4	101 G.
B. 1869 & 500 Thlr. 4	101 G.
B. 1869 & 100 Thlr. 4	101 G.
B. 1869 & 100 Thlr. 4	101 G.
B. 1870 & 100 Thlr. 4	101 G.
B. 1867 & 500 Thlr. abgez. 4	101 G.
B. 1867 & 100 Thlr. abgez. 4	101 G.
Hibbertsbahn - Brieritz: 4%	—
Leipz. St. Bism. 2. 1865 4	100,50 G.
4% 100 G.	100,75 G.
S. 1000. Gieß. & 100 Thl. 4	100 G.
Elben-Gitternerei 100 Thl. 3%	90 G.
A 25 Thl. 4	101 G.
Zasdr. 14000,500,250 Thl. 2	95,10 G.
zusätzl. A 100 Thlr. 3%	95,10 G.
Banckesche - Bremg. 4	101 G.
Dresdner Eisenwerke 5	100,50 G.
Dresden. Stadtbau-Ge. 4	101,10 b.u.G.
4% 104 G.	—
Bergwer. Stahlwerke 4	—
Chemnitzer Stahlwerke 4	100,80 D.
4% 104,25 G.	—
Freiburger Stahlwerke 4	—
Görl. erhd. Stahlw. 4	101 G.
Wig. & Co. St. Bism. Wür. 4%	—
5 100 G.	—
Konservenfab. Begr. Görl. 4	—
Bautzner Bierbrauerei 4	—
versiegelt. 4	—
Leobsch. Getreide 2	98,80 b.u.B.
vermähl. Bierbrau. Lindberg 4	100 G.
Lind. Getreide versiegelt. 4	100 G.
4% 102,75 G.	—
Göbb. Bierbrau. Bielef. 4%	—
R. preuß. conzess. Metz 4	100,80 b.u.B.
Bayerische Käsefab. 4	—
Demmler'sche Saatfirma 5	—
Amerikanische Wands. 5	—
Österreich. Papierfab. 4%	—
ba. 5 61 D.	—
Güterslohne 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Ungarische Gittern. 5	99,50 G.
ba. 4	—
Ungarische Papierfab. 5	—
5%, Ram. Staatspap. 6	100,50 D.
Prager Stahlwerke 5	—
Cöllnper. Stahlwerke 5	—
Wiener Kommanditgesell. 5	—
Russ. Käsefab. 1877 5	—
Orientali. I. Ges. 5	—
II. 5 87,75 G.	—
III. 5	—
Gelbenkast. 1860 5	99,50 G.
Babenbusch. 5	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Ungarische Gittern. 5	99,50 G.
ba. 4	—
Ungarische Papierfab. 5	—
5%, Ram. Staatspap. 6	100,50 D.
Prager Stahlwerke 5	—
Cöllnper. Stahlwerke 5	—
Wiener Kommanditgesell. 5	—
Russ. Käsefab. 1877 5	—
Orientali. I. Ges. 5	—
II. 5 87,75 G.	—
III. 5	—
Gelbenkast. 1860 5	99,50 G.
Babenbusch. 5	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—
Solingen 4 77 D.	—
Froh. 1860 5	—
ba. 4	—
Gießerei 1860 5	—
ba. 5 61 D.	—
Göttingen 4% 62 D. II. 62,500	—

